

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57.

Mittwoch, den 9. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Der gemäßigtere Idealismus.

Bei dem großen Interesse, das gegenwärtig mit Recht die preussische Wahlrechtsbewegung in Anspruch nimmt, wäre beinahe eine Epifode der öffentlichen Aufmerksamkeit entgangen, die „dieserhalb und außerdem“ ein besseres Schicksal verdient hat. Aber glücklicherweise haben die Dinge der Welt ihre eigene Logik, durch die sie sich letzten Endes die Verwirklichung erzwingen, die sie verdienen. Und so folgt eine unruhige Fortsetzung der Epifode dafür, daß auch ihr unruhiger erster Teil der Vergessenheit entrückt und der öffentlichen Stümpfung preisgegeben werden kann.

In der kleinen Republik Bremen, dem angeblich liberal regierten hanseatischen Freistaat an der Weser, hatten in den letzten Jahren die Volksschullehrer öfter in achtungswerter Weise von sich reden gemacht. Eine glückliche Verkettung von Umständen brachte es mit sich, daß dort sozialdemokratische Erkenntnis in die Kreise der Lehrerschaft eindrang und — wie das auch sonst der Fall zu sein pflegt — gerade die Köpfe der Besten und Tüchtigsten erhellte. Sozialdemokratische Erkenntnis aber ist nichts Passives, sie begnügt sich nicht damit, den Erwerb besserer politischer Einsicht innerlich zu beglücken, sondern sie ist in höchstem Maße aktiv, sie will fortwährend Gutes gebären, sie will sich im Kampfe für die Ideale des Sozialismus ringend und werbend betätigen.

In diesem Sinne sind auch die sozialdemokratischen Volksschullehrer Bremens tätig gewesen. Sie haben für die wichtigsten Prinzipien der sozialistischen Pädagogik, für die Weltlichkeit und Einheitslichkeit des Schulwesens, und für den Gedanken der Arbeitserziehung in jahrelanger Aufklärungsarbeit gekämpft. Aber sie haben neben der theoretischen Vertiefung ihrer pädagogischen Tätigkeit auch nicht den unmittelbaren praktischen Kampf aus dem Auge gelassen. Den Höhepunkt dieses Kampfes bildete die Befreiung des ehemaligen bremischen Schulinspektors, eines orthodoxen, aus Preußen importierten Schulbureautraten.

Da man in dem kirchlich liberalen Bremen Sottisen gegen die Religion nach Herzenslust auf den Markt bringen darf, so bewahrten die Regierung und die hinter ihr stehenden maßgebenden Kreise Bremens dem religiösen Vorstoß der radikalen Volksschullehrer gegenüber noch einigermaßen Haltung und Tournüre. Zwar ließen sie die Haupttrübsalser auch nicht ungerufen, aber es blieb doch bei Geldstrafen und Verweisen.

Die sozialdemokratischen Volksschullehrer haben sich weder durch das eine noch durch das andere ins Mauseloch jagen lassen. Sie haben durch Wort und Schrift und insbesondere durch Beschlüsse, zu denen ihre Beredsamkeit und ihre Logik den Lehrerverein zwang, ihren Kampf um die Hebung der Schule und um die Durchsetzung der bestehenden Grundsätze der sozialistischen Pädagogik fortgesetzt. Keinen Augenblick haben sie sich auch dadurch irreführen lassen, daß die Behörde an die Stelle des offenen und ehrlichen Reaktionsärs als Schulinspektor einen verkleideten liberal schillernden Reaktionsär setzte, einen ehemaligen bremischen Volksschullehrer, der es durch strebendes Bemühen und unanfechtbare Gesinnung zum „höheren“ Lehrer gebracht hatte, und der sofort den Lehren den höchsten Beweis zu erbringen bemüht war, daß es von keinem erheblichen Unterchiede ist, ob man auf orthodoxe Art gefottert oder auf liberale Weise gebraten wird.

Die Lehrer verlangten einen Schulkonvent, damit sie in Sachen der Schule ein Wortlein mitreden konnten. Die Behörde setzte zwar einen Konvent ein, aber mit solchen reaktionären Wahlbestimmungen, daß das Wort der Lehrer darin nicht zur Geltung kommen konnte. Und außerdem suchte noch der neue Schulinspektor jeden Versuch einer freien Meinungsäußerung im Konvent selbst zu unterdrücken. Die Lehrer verlangten die Einheitschule und als Übergang dazu die Milderung der Unterschiede zwischen höheren und niederen Schulen. Die liberale Regierung in Bremen hält aber mit würdiger Zähigkeit sogar an der nicht einmal in Preußen mehr vorhandenen Scheidung der Volksschulen in entgeltliche und unentgeltliche (sogenannte „Frei-“ und „Armen“-Schulen) fest. Die bremischen Lehrer sind in ihrer großen Mehrheit für die Befreiung des Religionsunterrichts aus dem Lehrpläne der Schule. Die Behörde aber stellt einen ehemaligen Pfaffen als Lehrer am Lehrerseminar an und zwingt die Lehrer zur Abhaltung von religiösen Morgenandachten. Und was dergleichen Steine des Anstoßes mehr sind!

Da wagt ein dem bremischen Lehrer, einem ihrer besten, dem auch in weiteren Arbeiterkreisen durch seine

naturwissenschaftlichen Schriften bekannten Paul Sonnemann, sein Blut, und er bringt im Lehrerverein eine Anfrage ein: „Welche Schritte gedenkt der Vorstand des bremischen Lehrervereins zu tun, um gegen die Zurücksetzung der Lehrerschaft und die Nichtachtung ihrer Beschlüsse zu protestieren und der Würde des Lehrervereins und seiner Beschlüsse mehr Nachdruck zu verleihen?“ Sonnemann selbst kann wegen Krankheit die Anfrage nicht vertreten. Da springt Wilhelm Holzmeier, ein alter Kämpfer der radikalen bremischen Lehrerschaft, seinerzeit ihr Vorsitzführer auf der Münchener Lehrerversammlung, und ungezählte Male ihr Führer in anderen Schlachten, auf den Plan und begründet die Anfrage.

In dieser Anfrage und ihrer Begründung sah die bremische Schulbehörde eine ungebührliche und gräßliche Verletzung ihrer Würde. Sie zog Holzmeier zur Verantwortung, den aber die alten Wunden, die er sich im jahrelangen Kampfe für die Interessen der Schule und ihrer Lehrer zugezogen hatte, nicht schreckten, sondern der Kampfsamkeit wie immer auf den einen Schelmen der Behörde anderthalbe setzte. Er beantwortete die Vernehmung durch eine Eingabe, in der er sich freimütig über das Staatsbürgerrecht und die Beamtenpflicht aussprach und für die Beamten das Recht der freien politischen Meinungsäußerung verlangte. In dieser Eingabe sah die Behörde ein neues Vergehen, eine „unzulässige Kritik“, die sie dem Angeeschuldigten zu seinen sonstigen Sünden aufs Kerbholz schrieb.

Aber auch dadurch ließ sich Holzmeier noch nicht biegen. Als Mitglied des Schulkonvents beantragte er: „Es soll verboten sein, bei sogenannten patriotischen Festen den Lehrern zur heuchlerischen Betätigung von Ansichten, Bestimmungen und Gefühlen direkt oder indirekt zu zwingen, die seiner Überzeugung zuwiderlaufen.“ In diesem Antrage sah die Behörde eine neue „Unbotmäßigkeit“, die der Anklageschrift gegen Holzmeier mit eingefügt wurde. Und als letztes Verbrechen hielt sie ihm vor, daß er es als eine „würdelose Posse“ hingestellt habe, wenn ein Lehrer gegen seine Überzeugung den Unterricht mit Gesang und Gebet beginnen müsse.

Gegen diese vielen Sünden rückte die Behörde mit allen Machtmitteln des Disziplinargesetzes vor, und — siehe da! — es gelang ihr, den verstockten Sünder, der sich vor der pädagogischen Einsicht bremischer Pfefferkörbe und dem Rohrstöckchen eines strebsamen ehemaligen Klassenkollegen vom Seminar nicht biegen wollte, zu brechen, radikal abzubringen vom Baume der bremischen Volksschullehrerschaft. Holzmeier wurde seines Amtes entsetzt, das er über 25 Jahre mit dem größten Geschick und mit der aufopferndsten Liebe zu den ihm anvertrauten Proletariatskindern ausgeübt hatte.

Was diese Verurteilung vor aller Welt als eine politische Maßregelung schlimmster Art bloßstellte, sind die Zeugnisse, die Staatsanwalt und Disziplinargericht bei aller Gegnerschaft dem Angeeschuldigten ausstellen mußten. Nach dem Staatsanwalt „steht es außer allem Zweifel, daß der Angeklagte eine energische Natur ist, der den besten Willen mit idealem Streben verbindet“. Und in der Begründung des Urteils wird dem Angeklagten seine Überzeugung von der Richtigkeit seiner Ideen und sein „Idealismus“ zugute gehalten. Idealismus und ideales Streben aber ist mit dem Beamtengesetz nicht zu verbinden. Darum hinaus mit dem energischen, überzeugten Idealisten aus dem Reiche des kapitalistischen Klassenstaates!

Natürlich hat Holzmeier auch dieser Schlag nicht der Haltung beraubt. Er weiß, wo Idealismus, ideales Streben und Überzeugungstreue noch eine Stätte finden. Bereits am vergangenen Freitag stand er vor einer überfüllten Massenversammlung der bremischen Arbeiterschaft und sprach — nunmehr auch aller äußerlichen Fessel ledig — über die interessante Frage: „Warum ich nicht mehr Volksschullehrer sein darf?“

Aber es scheint, als ob die bremische Behörde ein unnatürliches Gefühl danach trägt, diese Frage auch noch von anderen bremischen Volksschullehrern beantwortet zu sehen.

Am Tage der Dienstentlassung Holzmeiers fand sich eine Reihe seiner gesinnungsverwandten Kollegen mit ihm zusammen, um ihm zu zeigen, daß er nicht allein stehe. Da am Tage darauf Sebels feierlicher Geburtstag war, tauchte der naheliegende Gedanke auf, diesem leuchtenden Vorbild für unerschütterliche Überzeugungstreue und unerschrockenen Kampfesmut ein Glückwunschtelegramm zu senden. Daß eine solche harmlose Höflichkeit in Preußen-Deutschland und insbesondere in Bremen besonderes Aufsehen und bei allen Nichtsozialdemokraten Bestürzung oder gar Entrüstung hervorrufen kann, beweist nichts gegen die Absender des Telegramms, wohl aber sehr viel gegen die skandalöse Rückständigkeit der deutschen Zustände.

Nun hätte man meinen sollen, daß der Liberalismus aller Parteilichkeiten, vor allen Dingen aber die bremischen Lehrer, wes Geistes Kinder sie in anderen Fragen auch immer sein mochten, sich geschlossen hinter das kleine Häuflein sozialdemokratischer Lehrer stellen würden, die den Mut gehabt haben, ihrer inneren Überzeugung in einer an sich durchaus bedenkenfreien Weise offenen Ausdruck zu geben. Aber da offenbarte sich wieder einmal die ganze Erbärmlichkeit der politischen Erziehung des deutschen Bürgertums, vor allen Dingen aber die schon von Niesterweg mit so unerhört scharfen Worten gegebene hübsche Demut des deutschen Volksschullehrers! In feigster Weise lassen sie ihre Kollegen, die in politischen Fragen von ihnen abweichen, im Stich; mit widerlichster Eifersucht bekunden sie der „Behörde“, den „Vorgesetzten“ ihre Ergebenheit und Treue, und zum selbstschändlichen Beweise ihrer Gesinnungstüchtigkeit spielen sie ihren andersdenkenden Kollegen ins Gesicht.

Der Wahlrechtskampf, so sagten wir zu Anfang, nimmt das politische Interesse der Öffentlichkeit mit Recht fast völlig in Anspruch. Aber so weit darf dieses Interesse nicht gehen, daß nicht auch Vorgänge wie die jüngsten bremischen Schulkämpfe die ihnen zukommende Würdigung erfahren. Es handelt sich um Liberale, die in Bremen gegen andersdenkende Männer mit Mitteln kämpfen, an denen sich ostelbische Junker ein Beispiel nehmen können, wenn sie wieder einmal liberale Lehrer wie seinerzeit Mackel in Trakehnen zu maßregeln gedenken. Gerade im preussischen Wahlrechtskampf muß den Liberalen die Erbärmlichkeit ihrer bremischen Spielart vor Augen gehalten werden. Vielleicht sorgen sie dafür, daß die bremischen Liberalen ihre ostelbischen Geistesgenossen wenig zügeln lernen. Wenn nicht — auch gut! Dann werden die Arbeiter und die Lehrer innerhalb und außerhalb Bremens daraus ihre wertvollen Schlüsse ziehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag trat am Dienstag in die Spezialberatung des Marineetats ein. Eine große Anzahl Kapitel und Titel wurden zwar beileibe nicht debattiert (dafür sorgte schon das Redebedürfnis des Herrn v. Tirpitz), wohl aber ohne Debatten von erheblicher Bedeutung erledigt. Anträge des Marineetats auf Befreiung der von der Kommission beschlossenen Abstriche wurden abgelehnt, da Zentrum und Freisinnige in diesen Fällen mit unserer Fraktion stimmten.

Bewegung kam in das zuvor ziemlich schläfrige Haus erst beim Kapitel Werkverwaltung. In einer großangelegten Rede hielt Genosse Severing den Werkbehörden den Spiegel ihrer Sünden vor. Eine unrentable, verschwenderische Wirtschaft, die geradezu haust mit den Geldern der Steuerzahler, paart sich mit politischem Terrorismus und ekelhafter Gesinnungsschnüffelei. Natürlich! Herr v. Tirpitz ist nicht nur Staatssekretär des Deutschen Reiches, sondern auch preussischer Staatsminister ohne Portefeuille, und der Polizeigeist ist nicht beschränkt auf das Ressort Moltkes und seines Jagow, sondern herrscht auch in den übrigen Verwaltungszweigen Preußens und des verpreußeten Reiches. Die innige Verbindung, in der die Werkbehörden mit der hochwohlwollenden Polizei stehen, gab unserem Genossen ungezwungen Gelegenheit, einen Seitenblick auf den blamierten Spreeprefekten zu werfen. Die Erwiderung, die der Geheimne Beschwichtigungswort und Admiralsrat Harms auf Severings schwere Anklagen gab, bewegte sich im gewohnten Geleise. Die Mißstände wurden abgestritten, und die Gesinnungsschnüffelei als gottgewollte Staatsnotwendigkeit verteidigt. Daß dabei der Beifallchorus der Rechten in Aktion trat, versteht sich von selbst; etwas weniger selbstverständlich war der Feuereifer, mit dem der freisinnige Vereinigungsmann, pardon, der fortschrittliche Volksparteiler Mommsen sich zum freiwilligen Regierungskommissar aufwarf. Der Nationalliberale Weber suchte seinen linksliberalen Kollegen natürlich noch zu übertrumpfen; gegenüber diesen liberalen Verteidigern des Übermarinismus nahm sich trotz abgestandener „Terrorismus“-Klagen die Rede des katholischen Arbeiterführers Schirmer verhältnismäßig vorteilhaft aus, der die zwar selbstverständliche, leider aber nicht überflüssige Wahrheit aussprach, daß man mit eleganten Redewendungen nicht über schwere Anklagen hinwegkommt. Genosse Severing sagte in einer zweiten Rede seinen amtlichen und nichtamtlichen Angreifern gründlich Bescheid.

Unsere Resolution auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission mit besonderer Vollmacht zur Prüfung der Verhältnisse auf den Werften wurde abgelehnt, wie überzeugend auch Genosse Severing die Notwendigkeit einer solchen Maßregel nachgewiesen hatte. Außer unserer Partei stimmten nur ein paar Neufort

Schrittler basile. Die Absicht der Durchpfeiler, den ganzen
Marineetat gestern zu erledigen, mißlang. Um 8 1/2 Uhr
gingen die müden Volkstribunen heim.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

In zweistündiger Beratung erledigte die Budgetkommission Dienstag den Gesamtetat der Reichseisenbahnen. Die Einnahmen sind für das Jahr 1910-11 auf 122 319 000 Mark veranschlagt, das sind 742 000 Mk. weniger als im Vorjahre. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr wird die Einnahme um 460 000 Mk. höher eingeseht, während die Verwaltung die Einnahme aus dem Güterverkehr um 1 232 000 Mk. geringer annimmt.

Beim Titel Erhaltung und Ergänzung baulicher Anlagen werden 113 000 Mk. angelegt. Zum Ausbau des Hauptbahnhofes in Strassburg ist ein Leerartikel eingestellt. Es handelt sich lediglich darum, einen Teil der schon früher bewilligten Mittel zur Abildung von Rayonbeschränkungen verwenden zu dürfen. Es werden daraus etwa 1 900 000 Mark Mehrkosten entstehen, die im nächsten Jahre angefordert werden sollen. Zum Grunderwerb für den Bau einer neuen Bahnstrecke Hülshagen-Vollingen i. Lothringen werden 374 000 Mk. als erste Rate bewilligt. Die Petitionen werden zum Teil der Regierung überwiesen, und zum Teil geht die Kommission über sie zur Tagesordnung über.

Die Budgetkommission begann noch mit der Beratung des Etats für das Reichsgericht. In die Einnahmen sind 19 100 000 Mk. Gewinn aus der Prägung von Reichsmünzen eingestellt. Bei dieser Gelegenheit wird von mehreren Kommissionsmitgliedern Klage über die Prägung des neuen 25-Pfg.-Stücks erhoben, andere wollen, daß angesichts des gut gelungenen und gut aufgenommenen 3-Mk.-Stücks die 5-Mk.-Stücke eingezogen werden.

Beim Titel Überweisung von Mitteln an die Bundesstaaten zur Unterstützung von arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern, wofür 1 500 000 Mark eingestellt sind, teilte Staatssekretär Weremuth mit, daß es unmöglich sei, mit den 4 Millionen auszukommen, denn es dürften bis zum Schluß des Jahres schon drei Millionen verausgabt worden sein.

Die Justizkommission des Reichstages

begann in ihrer Sitzung vom Dienstag mit der Beratung der Strafprozessordnung. Von einer Generaldiskussion wurde Abstand genommen und sofort in die Spezialdiskussion eingetreten. Zum § 1, die Zuständigkeit der Gerichte betreffend, lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, der bezweckte, den noch immer möglichen fliegenden Gerichtsstand der Presse endgültig durch eine einwandfreie Fassung des § 1 zu beseitigen. Gegen jede Änderung der Regierungsvorlage des Paragraphe wendete sich der Regierungsvertreter und ein nationalliberaler Redner. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt und § 1 unverändert angenommen, ebenso § 2.

Über die Aussichten der Wahlrechtsvorlage

ist der „Lokalanzeiger“ in der Lage, einige Aufschlüsse zu geben. Demnach steht die Sache jetzt so, daß die Regierung ihren Widerstand aufgeben und sich mit dem Kompromißvorschlag einverstanden erklären will. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß, wenn diesmal die Vorlage scheitert, auf absehbare Zeit hinaus an eine Änderung des Wahlrechts nicht mehr gedacht werden kann. Den Wegfall der direkten Wahl könne man durch die Einführung der teilweise geheimen Wahl für ausgeglichen halten, auf keinen Fall aber sei die Regierung für das gleichzeitig geheime und direkte Wahlrecht zu haben. Es soll jetzt noch der Versuch gemacht werden, in irgend einer Form die Möglichkeit des Aufstiegens in eine höhere Wählerklasse für bestimmte Kategorien von Wählern zu schaffen. Auf diese Weise hofft man, auch die Zustimmung der Nationalliberalen und der Freikonservativen zu erhalten.

Der Bericht über die preussische Wahlrechtsvorlage

ist Dienstag im Abgeordnetenhaus erliest worden. Die wichtigsten Änderungen des Wahlrechts gegen das bestehende Recht und Regierungsvorlage sind die folgenden:

Wiedereinführung der indirekten Wahl und die Einführung der geheimen Abstimmung für die Wahlmännerwahlen. Dazu wird bestimmt, daß die Wahlmänner aus der ganzen Gemeinde, in Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke zerfallen, aus dem ganzen Wahlbezirk ohne Rücksicht auf die Abteilung, der sie angehören, entnommen werden dürfen. Ferner sollen den zur Staatssteuer nicht veranlagten Wählern vier Mark (statt drei) angerechnet werden. Die Höchstzahl der Einwohner eines Stimmbezirkes soll 1 500 (statt 3500) betragen. Ferner soll nur noch die Fristwahl als zulässig gelten. Endlich sind die sämtlichen Regierungsvorlagen über die Schaffung „gehobener“ Wähler bisher abgelehnt worden. Die übrigen Änderungen der Regierungsvorlage sind rein technischer oder redaktioneller Natur; in jener Hinsicht handelt es sich in der Hauptsache um die Folgerungen aus der Wiedereinführung der indirekten Wahl.

In einer Anlage werden die Wahlrechte in den wichtigsten deutschen und außerdeutschen Staaten einander gegenübergestellt. Von den deutschen Staaten hat nur Preußen öffentliche und indirekte Wahl. Geheim und indirekte Wahl haben Hessen, Sachsen-Weimar, Oldenburg und Anhalt. Das Dreiklassenwahlrecht besitzt außer Preußen nur Sachsen-Altenburg, dessen Wahlgesetz aber geheime Wahl vorsieht. Klassenrechte existieren sonst noch in einigen kleinen Staaten. Direktes, gleiches und geheimes Wahlrecht besitzen Bayern, Württemberg und Baden. Sachsen besitzt direktes, geheimes Pluralwahlrecht. Von den auswärtigen Staaten besitzen direktes öffentliches Wahlrecht Ungarn und Dänemark, indirekte und geheime Wahl nur Rußland, die übrigen gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht. Nordamerika und Japan haben direktes und geheimes Wahlrecht.

Preußen und Rußland marschieren hier also Arm in Arm!

Die Gostu-Gerste vor der Petitionskommission.

Beim Reichstag beschwerten sich durch Petitionen eiliche Organisationen der Müller, Schiffer, auch die Magdeburger Handelskammer über die gewerbeschädigenden Umstände, die mit der Färbung eingeführter Futtergerste verbunden sind. Die rote Flüssigkeit verunreinigt die Fahrzeuge, macht die Säcke unbrauchbar, färbt die Mähgänge der kleinen Mühlen und benachteiligt dieses Kleingewerbe auch beim Verkauf des Schotes, das ein schmutziges Aussehen erhält. Der Abg. Feigler bestätigte als Überreicher der Petition diese von den Petenten behaupteten Schädigungen für das Gewerbe.

Die Linke wollte die Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung überweisen, aber von der Rechten holte man rasch alle agrarischen Kommissionsmitglieder herbei, die während dieser Beratung anderswo sich aufhielten, und mit 14 gegen 11 Stimmen wurde dann der Antrag der Linken abgelehnt.

Das Zentrum beantragte die Überweisung als Material, wobei Abg. Giesberts davor warnte, sich auf den Boden der Petenten zu stellen. Von den Müllern des Rheinlandes habe er noch keine Klagen gehört über etwaige aus der Gerstenfärbung herrührende große Nachteile. Man begünstige die von der Regierung bereits versprochene Untersuchung etwaiger Umstände, wenn man keine Stellung zur Frage selbst nehme, und die Petition lediglich als Material überweise. Vom Freisinnigen Sommer und vom Sozialdemokraten Sachse wurde diese sonderbare „Mittelstandspolitik“ des Zentrums als gewerbeschädigend bezeichnet; etwa zwanzig briefliche Klagen aus den Reihen der kleinen Müller über den ihnen erwachsenden großen Schaden wurden vorgezeigt.

Allein der Wille der Konservativen war dem Zentrum wieder einmal Befehl; es stimmte für den Antrag des konservativen Referenten. (Überweisung als Material.) Die Regierung behält dadurch freie Hand, zu tun und zu lassen, was sie will.

Die Konservativen und die indirekte Wahl.

In der preussischen Wahlrechtskommission sträubten sich die Vertreter der konservativen Partei gegen die Einführung der direkten Wahl; es wurde sogar auf ihren Antrag unter Zustimmung des Zentrums die Regierungsvorlage, die die direkte Wahl vorsah, geändert. Die Konservativen waren aber nicht immer Gegner der direkten Wahl, wenigstens nicht vor den badischen Landtagswahlen im Jahre 1905. In dem Wahlhandbuch der badischen konservativen Partei, das vor den Landtagswahlen von 1905 erschien, ist nämlich über das indirekte Wahlverfahren und den Kampf um dessen Beseitigung folgendes zu lesen:

„An sich ist dieser Kampf vollständig zu verstehen. Das indirekte Wahlrecht, rein für sich betrachtet, paßt in die geschlossene benagte Zeit zu Anfang des Jahrhunderts, wo die Masse des Volkes kaum mit einem Landtagskandidaten selbst Fühlung nehmen konnte, wo die Betamiffchaft des kleinen Mannes aus dem Volke nicht über den Bannkreis der eigenen und höchstens noch der Nachbargemeinde hinausreichte. Hier war an direkte Wahl des zum Landtag zu entsendenden Abgeordneten nicht zu denken. Das ist heute im Zeitalter des Verkehrs und der bis in die kleinsten Dörfer hineinbringenden Presse anders geworden.“

Die allgemeine Schulpflicht und die allgemeine Wehrpflicht haben unser Volk tatsächlich in gutem Sinne demokratisiert und auch — obwohl man noch oft daran zweifeln könnte — politisch reifer gemacht. Die Zeit, wo tatsächlich noch vor den Wahlmännerwahlen von keinem Kandidaten die Rede war, wo tatsächlich der Kandidat erst nach vollzogenen Wahlmännerwahlen erklärt wurde, ist vorbei. In den letzten Jahren war stets der Kandidat schon längst vor den Wahlmännerwahlen nicht bloß aufgestellt, sondern persönlich an allen Orten des Wahlkreises zugegen gewesen. Die Wahlmännerkandidaten wurden bereits auf ihn eingeschworen und auf seinen Namen gewählt. Die Wähler hätten tatsächlich leichter und lieber direkt gewählt, als indirekt einen Wahlmann, von dem sie ja manchmal garnicht sicher wußten, ob er auch seinem Versprechen fest bleiben, ob er nicht umfallen würde.“

Zum Schluß wird noch besonders betont, daß sich die indirekte Wahl, rein an sich betrachtet, ohne Rücksicht auf die Folgen der an ihre Stelle tretenden direkten, tatsächlich überlebt hat.

Die Reichsversicherungsordnung.

Der Bundesrat hat am Montag dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung zugestimmt, sodaß das Gesetz, wie schon früher angekündigt, noch vor den Osterferien dem Reichstag zugehen wird.

Die Verantwortung der Nationalliberalen.

Schon am nächsten Freitag soll die zweite Lesung der preussischen Wahlrechtsvorlage beginnen. Der Schnapsblock hat die Absicht, das Gesetz so rasch als möglich durchzusetzen. Wiegt er sich doch in dem eitlem Wahn, daß, wenn der elende Wechselbalg nur erst Gesetz geworden, dann die Bewegung der Volksmassen schon allmählich aufhören werden. Denn dies ist die einzige Sorge der Privilegierten. Sie wissen, daß ihnen parlamentarisch nicht beizukommen ist. Denn dafür sorgt ja das Dreiklassenwahlrecht, wenn die konservativ-klerikale „Reform“ erst Gesetz geworden, noch besser als bisher. Aber die Bewegung der Massen — das zeigt das töbsichtige Wüten der blutdürsternen konservativen Presse — macht sie ängstlich. Und so möchten sie allzu gerne, daß ihre „Reform“ als ein „endgültiger Abschluß“ erscheine. Daher ihr Interesse an der Mitwirkung der Nationalliberalen. Auf zweifache Weise sucht man diese Partei, deren Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht ja das Zusammenwirken von Zentrum und Konservativen überhaupt erst möglich gemacht hat, dazu zu bewegen, dem schwarzblauen Block die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Ein Teil der reaktionären Presse muß den Nationalliberalen vorstellen, ihr Widerstand sei nutzlos, die Regierung werde ja ohnedies das Werk des Schnapsblocks akzeptieren, also sollen die Nationalliberalen sich doch nicht wieder „ausshalten“ lassen. Der andere Teil versichert umgekehrt, daß die Regierung die Reform nur annehmen könne, wenn auch ein Teil der Liberalen dafür stimme. Die Verantwortung der Nationalliberalen sei also groß; ihr Nein könnte bewirken, daß das ganze Gesetz scheitert.

Wir sind nur freilich nicht so optimistisch, anzunehmen, daß der Mann der gottgegebenen Unfähigkeiten sich den Luxus eines eigenen Entschlusses gestattet und die Wünsche der Junker und Klerikalen unerfüllt lassen darf. Wäre es wirklich so, dann würden die Nationalliberalen, wenn sie für das Gesetz stimmten, allerdings einen Verrat begehen, der um nichts schlimmer wäre als das elende Gaukelspiel des Zentrums. Da aber Herr v. Bethmann gar nicht an einen Widerstand gegen die Gebote des Schnapsblocks denkt, wäre es eine selbst für Nationalliberale aufgergebene Dummheit, sich zu den reaktionären Volksfeinden zu gesellen. Sie werden auch so an ihrer Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht schwer genug zu tragen haben. Die Konservativen sind auch wirklich zu unterscheiden. Die armen Nationalliberalen kriegen nicht die geringste Konzession und sollen dafür noch den Junkern den Dienst leisten, eine möglichst imponierende Mehrheit für das Schandgesetz aufbringen zu helfen. Wie tief doch diese Junker die politischen Fähigkeiten der Nationalliberalen einschätzen! Ob es ihnen diesmal gelungen ist, sie zu unterschätzen, muß freilich abgewartet werden, da hinter den Kulissen neue Mogeleyen im Gange sind. Aber das eine kann schon heute ruhig gesagt werden: Ob die Nationalliberalen umfallen oder nicht, das ist auf die Volksbewegung wirklich ohne jeden Einfluß. Denn:

Keine Ruhe in Preußen, bevor das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht errungen ist.

Der geeinte Linkliberalismus.

Die Einigung der linksliberalen Parteien fand am Sonntag ihren Abschluß durch einen gemeinsamen Parteitag, der jedoch nur ganz kurze Zeit dauerte. Alle Redner betonten, daß nunmehr eine neue Zeit für den jetzt geeinigten Liberalismus angebrochen sei. Das Festessen im Reichstagsgebäude erlitt infolge einer Störung, als die bestellte Militärkapelle fernbleiben mußte, weil das Militär wegen der Straßendemonstrationen den ganzen Tag in den Kasernen zu verbleiben hatte.

Der geschäftsführende Ausiduß, der bis zum Jahre 1912 die Parteileitung bilden wird, besteht außer den drei Präsidenten: Funk, von Paner und Schrader aus folgenden 18 Mitgliedern: Biell, Buschhaus, Lassel, Fischbeck, Gothein, Gylling, Hausmann, Hummel, Kämpf, Kopsch, von List, Mommson, Müller-Meinigen, Naumann, Pachnacke, Rößler, Träger und Wiemer.

Schweiz.

Die Wahl des zweiten sozialdemokratischen Ministers in Basel. Im Kanton Baselstadt ist am Sonntag bei der Neuwahl eines Mitgliedes der Kantonsregierung unser Genosse Doktor Blocher, Gewerkschaftsinspektor, mit 3798 gegen 2073 Stimmen gewählt und somit der zweite Ministerkessel für die sozialdemokratische Partei errungen worden. Die freisinnige und konservative Partei hatten keinen Gegenkandidaten aufgestellt und die katholische Partei unterstützte vom Standpunkte der Proportionalwahl aus die sozialdemokratische Kandidatur. Nur die jüngste Partei des demokratischen Häufleins stellte einen Gegenkandidaten in der Person des Genossenschaftssekretärs Dr. Schär auf, der die 2073 Stimmen machte, die aber nicht die nur geringe Stärke der demokratischen Partei ausdrücken, sondern aus den Kreisen aller bürgerlichen Parteien stammen und von solchen herrühren, die mit der sozialdemokratischen Kandidatur nicht einverstanden waren. — Die Basler Regierung ist nun die erste in der Schweiz mit zwei sozialdemokratischen Mitgliedern. Neben unserm Genossen Wullschlegler und Dr. Blocher sitzen noch drei Freisinnige und zwei Konservative in der Basler Regierung.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 9. März.

Um den kümmerlichen Rest ihres Verstandes ist die Redaktion unseres Amtsblattes durch die imposanten Berliner Wahlrechtsdemonstrationen vom letzten Sonntag gekommen, die der musterhaften Disziplin unserer hauptstädtischen Parteigenossen ein glänzendes Zeugnis ausstellt. Das Blatt, welches ja seinerzeit auch den Lübecker Wahlrechtsraub zu beschönigen und zu verteidigen hatte, serviert seinen wenigen Lesern folgende Ergüsse eines krankhaften Gehirns:

Die revolutionäre Gefahr und ihre Abwehr.

In Verhöhnung des Gesetzes und in Aufsehung gegen das ausdrückliche Verbot des Berliner Polizeipräsidenten haben wiederum Wahlrechtskundgebungen in Berlin stattgefunden. Die Veranstaltung, wie sie eingeleitet, vorbereitet und ausgeführt wurde, trug völlig den Charakter einer Verschwörung und sah einer organisierten Revolte zum Verwechseln ähnlich. Die Leitung des Ganzen lag bei dem sozialdemokratischen Parteivorstande. Es hat sich gezeigt, daß es nur eines Befehls von dieser Stelle bedarf, um die Massen der Demonstranten nach einem bestimmten Willen und in eine bestimmte Richtung zu lenken. Jedermann weiß jetzt, daß es der Sozialdemokratie gelungen ist, Tausende ihrer Anhänger so zu disziplinieren, daß sie sie in jedem Augenblick zur Verfügung hat und mit ihnen machen kann, was sie will. Es ist gleichgültig, ob die weiteren Vorstöße der sozialdemokratischen Parteileitung in Form von Massenkundgebungen, Massenstreiks oder noch gefährlicheren Unternehmungen sich abspielen werden. Eins ist in jedem Falle unstrittbar; durch das Vorhandensein einer revolutionären Wahlrechtsarmee und ihre ständige Kriegsbereitschaft ist die öffentliche Ordnung und Ruhe aufs äußerste gefährdet. Der Staat kann sich diese offene Verhöhnung seines Ansehens und Willens unter keinen Umständen bieten lassen. Deshalb werden alle Parteien, die auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsordnung stehen und die mit der Regierung der Ansicht sind, daß die öffentliche Ordnung das oberste Gesetz im Staate sein muß, den zuständigen Stellen der Regierung bei ihren Maßnahmen gegen die staatsfeindlichen Aktionen der Sozialdemokratie behilflich sein müssen.

Und so geht es weiter mit Grazie. Dabei muß auch die anständige bürgerliche Presse zugeben, daß die „Verschwörung“, „Revolte“ und „Verhöhnung des Gesetzes“ großartig und würdig verlaufen ist. Wenn wirklich Aus-

schreitungen vorgekommen sind, dann nicht seitens der Arbeitermassen, sondern seitens der Polizei. Sogar die Eisenbahn-Zeitung gibt dieser Meinung Ausdruck. Es ist leicht erkennlich, daß die Angst, auch noch die wenigen Anhänger der charakterlosesten Partei — denn das sind die National-Liberalen — könnten im preussischen Wahlrechtskampfe aufgerieben werden, den Schwindelartikel diffamiert hat, durch den das Amtsblatt nur sich selbst der Lächerlichkeit preisgibt. Der Schrei nach regierungsseitigen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie zeugt nur für die geistige Impotenz seiner Urheber.

Die gesamte Arbeitererschaft sei hiermit auf die öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, in der Genosse Arbeitersekretär Mehrlein über das Thema sprechen wird: Warum sind die Dienstboten unter anderem Rechte wie die übrigen Arbeiter? Diese Versammlung richtet sich nicht allein an die jungen Mädchen, die in Stellung sind. Diese sind, soweit sie überhaupt die Möglichkeit haben am Donnerstagabend auszugehen, zum großen Teil noch nicht zum Versammlungsbefuch herangereift; ihre eigenen gewerkschaftlichen und politisch organisierten Angehörigen halten sie davon zurück aus Furcht, die Väter könnten ihre guten Stellen verlieren, oder aus dem Gefühl, daß die jungen Mädchen ihre wenige freie Zeit nicht im ernstlichen gewerkschaftlichen Kampf verbringen, sondern in der Familie oder im fröhlichen Freundinnenkreis genießen sollen. An diese Eltern, deren Verhalten wir begreifen, wenn auch für unrichtig halten, richten wir vor allem den Wunsch, sie möchten die Interessen ihrer Töchter wahren, indem sie selbst zur Versammlung kommen. Ihre Pflicht ist es, die Forderungen unserer Reichstagsfraktion im Interesse der Dienstmädchen zu unterstützen:

Beseitigung der Beschränkung der Arbeitszeit für die häuslichen Arbeiter!
Beseitigung der Beschränkung der Arbeitszeit für die häuslichen Arbeiter!
Schiedsgerichte nach Art der Gewerbegerichte!
Reichs-Krankenversicherung!

Arbeiter und Arbeiterfrauen, wer ein Herz hat für die rechtlosen, ausgebeuteten jungen Mädchen, der Sorge für zahllosen Besuch der Versammlung am Donnerstag, dem 10. März, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Reichsverbandschwindel. Es gehört zum eisernen Bestand des Reichsverbandschwindelarsenals, die Ausgaben der Arbeiter für Partei- und Gewerkschaftspreise maßlos zu übertreiben und daraus dann die Schlussfolgerungen zu ziehen, daß entweder die Agitatoren sich von diesen Arbeiter-groschen mästen oder daß der Arbeiter so reichlich verdient, daß ihn die Staatssteuerlasten auch nicht dünken. Dieser Tage veröffentlichte unser aus Unwahrheiten zusammengesetztes Amtsblatt wieder einmal einen das Brandmal des Reichsverbandes sichtbar tragenden Artikel, der den verhältnismäßig harmlosen Titel „Die Lehren eines Arbeiterbudgets“ führt. Bezugnehmend auf einen angeblich in einer nicht mitgeteilten Nummer der „Neuen Zeit“ erschienenen Artikel — den aufzufinden aus leicht erkennbaren Gründen nicht möglich war — wird gesagt:

„Das entscheidende Moment in diesem Budget eines ledigen Sozialdemokraten ist der krasse Unterschied zwischen den Leistungen für die Partei und den Leistungen für den Staat. Insgesamt belaufen sich die Leistungen für die Partei bei einer Gesamteinnahme von rund 1800 Mk. in 30 Wochen — auf rund 250 Mk., darunter allein 60 Mk. an Verbandsbeiträge für 30 Wochen.“

Es ist schon ein beträchtliches Mandat, die Beiträge für die Gewerkschaften in Leistungen für die Partei anzuschließen, so bedarf die blaue Lüge erst recht keiner Widerlegung, daß ein Genosse — im Jahre selbst wenn man, was nicht angängig ist, die Verbandsbeiträge mitrechnen wollte — 250 Mk. für die Partei leistet. Wir wollen nur diese handgreifliche Unwahrheit anageln und bemerken, daß der übrige Inhalt des Artikels dahinter nicht zurückbleibt. Es wird eben furchtbar losgeschwunden unter der Parole: Mit Gott für König und Vaterland.

Die Arbeitsverhältnisse in der Stühle in Siems (vorm. G. E. A. Siemus) jetzt H. G. Schein, wie man uns schreibt, nicht die allerbesten zu sein, denn abgesehen von allerlei Kleinigkeiten, die unerwähnt bleiben können, herrscht dort für die Arbeiterinnen eine tägliche Arbeitszeit von 12—14 Stunden, was durchaus ungeheuerlich ist. Auch die Arbeiter im Presserium klagen vielfach über Verlastigung von Rauch, andererseits über lange Arbeitszeit, nämlich 12 Stunden. Im letzten Sommer traten die Arbeiter an die Direktion heran, um Einführung der Achtstundenschicht. Im ganz höchsten Tone schrieb der Direktor W. Siemus damals an seine Leute, wenn die Konjunktur eine bessere wird, so kann auch die Achtstundenschicht eingeführt werden; besonders für die warmen Sommertage gedachte ich sie möglichst einführen zu können. Seit der Versprechung sind die warmen Sommertage vorübergegangen, der Herr Direktor hat aber von der Achtstundenschicht nichts gesagt. Die Konjunktur in der Stühle ist schon lange eine außerordentlich gute zu nennen; die Achtstundenschicht wird aber nicht eingeführt. Es bleibt eben bei den Versprechungen. Auch sind in letzterer Zeit mehrere Unfälle im Betriebe zu verzeichnen. Vor wenigen Tagen stürzte beim Antriebe eine Welle und Riemen Scheibe von oben runter, ohne glücklicherweise jemand zu verletzen, da niemand anwesend war; wäre dieses etwas später passiert, hätte es vielleicht Menschenleben gekostet. Aber die größte Schuld trifft die dort beschäftigten Arbeiter selbst. Würden sie sich alle der Organisation anschließen und die Betriebsversammlungen besuchen, so würde manche Klage verstimmen. Heute haben die dort beschäftigten Arbeiter jedoch noch Denunzianten- und ähnliche Elemente unter sich und deshalb ist im Betriebe kein Fortschritt zu verzeichnen.

Volkszählung am 1. Dezember. Für die Volkszählung am 1. Dezember 1910 hat der Bundesrat die näheren Bestimmungen beschloffen. Für die Nachtrichten über die Persönlichkeit des einzelnen ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Doch können einzelne Landesregierungen verfügen, daß die Angaben auch zu andern Zwecken als den amtlichen statistischen Arbeiten benutzt werden. Die Fragen sind dieselben, wie früher. Die Ergebnisse der Zählung sind aus den einzelnen Bundesstaaten in zwölf Tabellen zu bestimmten Zeiten dem Kaiserlichen Statistischen Amt mitzuteilen.

Dieses bearbeitet die Tabellen für das Reich und veröffentlicht sie so bald als möglich. Aber die ortsanwesenden Reichsausländer sind die Adressaten der persönlichen Angaben, aber nicht des Namens, außerdem dem Kaiserlichen Amt zu übersenden. Zu den Tabellen gehört eine vorläufige Übersicht über die Einwohnerzahl, die als erste bis zum 15. Februar 1911 einzureichen ist. Es folgt eine Tabelle über Fläche, Wohnhäuser, Einwohner, die Zollverhältnisse, Oberlandesgerichtsbezirke, Wahlkreise, kleinere Verwaltungsbereiche, Gemeinden, Wohnplätze, Fläche und Haushaltungen, Religion, Staatsangehörigkeit usw. Für alle Tabellen sind die einzelnen Angaben genau vorgeschrieben.

Leichenfund. Gestern mittag gegen 12½ Uhr wurde unterhalb der Cimentwerke eine männliche Leiche aus der Trave gezogen, die schon stark in Verwesung übergegangen war. Über die Persönlichkeit des Toten, und darüber, ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnten wir nichts erfahren. Der Polizeibericht meldet noch: Die Leiche ist eine Person von 38—40 Jahren, untersehter Figur, 1,68 m groß, mit dunkelblondem Haar und gleichem Schnurr- und Spitzbart. Am rechten Unterarm der Leiche befindet sich eine Tätowierung, ein Herz darstellend mit einem Kranz und Krone umgeben. In dem Herz befinden sich die Buchstaben H. A. und darunter die Zahlen 10/86 1893. Der linke Unterarm zeigt in blauer Tätowierung einen Kreis mit Verzierung. In dem Felde steht Reservoir Richards oder Richards und ein unleserlicher Spruch. Unter dem Kreis sind die Zahlen „90—92“. Bekleidet war die Leiche mit blauem Jackettanzug, schwarzen Hingulstiefen und blauem Mantelunterzeug. Der Verstorbenen, welcher schon mehrere Wochen im Wasser gelegen hat, gehört anscheinend dem Schifferstande an.

Wie der Arbeiter wohnt und wie er wohnen sollte. Über dieses Thema wird am Freitag, den 11. März, der Schriftsteller Max König, Hannover im Gewerkschaftshaus im Auftrag der hiesigen Ortsgruppe des Arbeiter-Abstinentenbundes sprechen. Der Vortrag wird durch 110 farbige Lichtbilder unterstützt und dürfte so den Zuhörern ein möglichst vollständiges Bild über den jetzigen Stand der Arbeiterwohnungsfrage bieten. Der Vortragende, dem ein guter Ruf als Redner vorausgeht, führt die Zuhörer erst in die elenden Wohnungsbedingungen der Großstädte, zeigt erschreckende Zustände, wo Stund und Siedlung ständige Begleiter sind. Auch aus Landbezirken werden solche miserablen Wohnstätten gezeigt, sowie einige Gegenbeispiele aus dem Wohnwesen in Japan, China, Afrika usw. Wir werden dann krank zulassen solcher „modernen“ Wohnungen sehen, weiter, wie ständig die Krankheitsziffer beim Fortschreiten sanitärer Einrichtungen sinkt, andererseits aber die Miete für kleine Wohnungen immer höher wird. Es folgen dann eine große Anzahl Modelle besserer Arbeiterhäuser, meist durch Gemeinden oder Fabrikanten, teils auch durch Genossenschaften erbaut. Von letzteren sind besonders einige in hervorragender Weise als Muster anzusehen. Vorbildlich sind auch eine Anzahl englischer Arbeiterhäuser, die exkl. Woburn nur circa 3000 Mk. kosten. Im zweiten Teil beschäftigt sich der Redner mit der Wohnungseinrichtung. Er verwirft alles Unzweckmäßige: gute Stühle oder unfunktionelle, unbillige Möbel aus Abzahlungsgeschäften, Buntdrucke als Wandschmuck usw. Dafür zeigt er an der Hand einer Anzahl Wohnungseinrichtungen, wie man billig solide und künstlerische Möbel in seine Räume bringen kann; der Schluß bilden eine Anzahl Beispiele von gutem Wandschmuck: Öllern, Kiembrand, Mucillo, sowie einige moderne Meister. Angesichts dieses reichhaltigen Programms ist ein volles Haus wohl mit Sicherheit zu erwarten und wird auch jeder Besucher wohl befriedigt werden. Ein gutes, gemütliches Heim ist der beste Schutz gegen häuslichen Unfrieden, gegen den Alkoholismus und Gleichgültigkeit in kulturellen Dingen.

Die Ortsgruppe Lübeck des Bundes technisch-industrieller Beamten hält am Donnerstag, dem 10. d. M., abends 8½ Uhr, eine Versammlung ab im Restaurant Fiedenhagen, Schüsselbuden 16, in welcher Herr Redakteur Weiser-Verlin referieren wird über das Thema „Die Wirtschaftskrisen und ihr Einfluß auf die Lage der technischen Privatbeamten“. Alle technischen Privatbeamten sind herzlich eingeladen. Väter, deren Söhne den technischen Beruf ergreifen wollen, können dort Auskunft über Lage und Aus-sichten des technischen Berufs erhalten.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Strecke der Hundestraße von Lünenhagen bis zur Wakenhägermole vom Donnerstag, dem 10. März ds. Mz. ab voraussichtlich auf die Dauer von drei Wochen für den Fußverkehr gesperrt sein.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag, abends 6½ Uhr gelangt Richard Wagners Wanddrama „Götterdämmerung“ zur nochmaligen Aufführung. Am Freitag kommt Vorhings komische Oper „Far und Jimmermann“ zur sechsmaligen Wiederholung. Für Montag, den 14. März ist Frau Ottilie Wegger vom Stadttheater in Hamburg für ein einmaliges Gastspiel als „Carmen“ gewonnen worden. Die geniale Künstlerin verfügt über die gegenwärtig schärfste Intuition der deutschen Bühne und verspricht dieser Gastspiel-Abend daher einen seltenen Kunstgenuß.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, gelangt das erfolgreiche Lustspiel „Das Konzert“ von Hermann Bahr zum letzten Male zur Aufführung.

Schwärzen. Die weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins halten am Donnerstag, dem 10. März, ihre regelmäßige Versammlung ab. Es ist erwünscht, daß sich die Frauen recht regen an diesen belehrenden Zusammenkünften beteiligen.

Altona. Ein schweres Brandunglück ereignete sich in der vorletzten Nacht in der Leichenstraße 65. Der unverschämte Frida Koss entließ eine Lampe und explodierte, wodurch die Kleider des Mädchens in Brand gerieten. In ihrer Angst lief die Koss, einer Feuerfäule gleichend, auf die Straße, wo ein herbeikommender Schuhmann und Zivilpersonen der Unglücklichen die brennenden Kleider vom Leibe rissen. Sie hatte jedoch bereits so schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitten, daß sie in hoffnungslosem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus gebracht wurde.

Ein Nachbar, der der Koss auf ihre Angstkrufe zu Hilfe geeilt war, erlitt leichtere Brandwunden an den Händen und im Gesicht.

Sarburg. Einen schweren Unglücksfall hatte Montag in der Nähe des Mühlenmühlenteiches das unvorsichtige Umgehen mit Schießwaffen im Gefolge. Dort schossen zwei junge Leute mit einem Leßching nach einer Blechplatte. Während der eine Schläge nachschab, wo seine Kugel eingeschlagen hatte, schoß der andere das Gewehr ab und die Kugel drang dem ersten Schützen in den Kopf, so daß er bewußtlos zusammenbrach und ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er inzwischen verstorben ist.

Kiel. Die Stadtverordneten Kiels als Wahlrechtsfeinde. Im Kieler Stadtparlament soll absolut nicht über die Wahlrechtsfrage gesprochen werden, so wollen es der Oberbürgermeister und der Stadtverordneten-vorsteher. Nachdem die letzte Stadtverordnetenversammlung die Dringlichkeit des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrages abgelehnt hatte, reichte Genosse Mendorf beim Stadtverordnetenvorsteher einen erneuten Antrag ein. Dieser Antrag hätte geschäftsordnungsgemäß auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden müssen. Mendorf hat jedoch jetzt vom Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ahlmann die Mitteilung bekommen, daß er den Antrag nicht auf die Tagesordnung setzen werde, weil der Antrag keine innere Gemeindegangelegenheit berühre. Die Gründe sind aus dem Schreiben des Oberbürgermeisters abgeschrieben, womit er seine Weigerung begründet hat, den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag auf die Tagesordnung der gemeinsamen Kollegien-sitzung von Magistrat und Stadtverordneten zu setzen.

Speyer. Großfeuer. Montag vormittag wurde der Hof des Landmanns Schmidt in Naumberg total eingeeäschert. Es gelang, sämtliches Vieh aus dem Stall zu bringen, dagegen ging ein großer Teil des Mobiliars in den Flammen auf. Drei Spritzen waren aus der Umgebung zur Stelle. Die Entstehungsurache ist noch nicht aufgeklärt.

Zork. Im Wassergraben ertrunken. Der 66-jährige Schuhmachermeister Joh. Bollmer in Neuenkirchen geriet in einen Wassergraben und ertrank. Der Ertrunkene hinterläßt Frau und Kinder.

Döbenburg i. Gr. Großfeuer. Das Anwesen des Landwirts Karl Kowehl in Söderbrook bei Altesfeld ist Montag abend niedergebrannt. Fünf und zwanzig Stück Hornvieh, eine wertvolle Prämienstute und sieben Schafe kamen in den Flammen um. Mobiliar konnte nicht gerettet werden. Die Feuerwehr war dem verheerenden Element gegenüber machtlos.

Leer. Vom elektrischen Starkstrom getötet wurde der zwölfjährige Schulknabe Lohmeyer aus Lagerfeld, der einen Leitungsmast erklettert und dann den Draht berührt hatte. Mit schweren Brandwunden an den Händen und am Hals wurde er ins Borromäus-Hospital eingeliefert, wo er noch in der Nacht starb.

Aus dem Gerichtssaal.

Deutsche Pressefreiheit. Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin stand der verantwortliche Redakteur des anarchischen Blattes „Der freie Arbeiter“, Erich Rümenapp. Er soll sich der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze in zwei Fällen schuldig gemacht und ferner die christliche Kirche beschimpft haben. Der Anklage liegen drei Artikel: Parlamentarischer Theaterdonner, Der Brief einer Mutter und Weihnachtsbetrachtungen zugrunde. In dem Briefe einer Mutter, welcher einer französischen Zeitung entnommen ist, werden die Lehren wiedergegeben, die eine Mutter ihrem zum Militär eingezogenen Sohn gibt. Sie fordert ihn auf, bei Streikunruhen, bei welchen das Militär mobil gemacht wird, nur in die Luft zu schießen. Außerdem enthält dieser Artikel nach Ansicht der Anklage auch die verbotene Aufforderung, auf die Vorgesetzten zu schießen. In dem zweiten Artikel wird für den Generalstreik Propaganda gemacht. Die Anklage erblickt eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze darin, daß zu einer pöblichen Niederlegung der Arbeit und damit zur Nichtbeachtung der gesetzlichen Kündigungsfrist aufgefordert wird. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Der Verurteilte wurde wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Die Qualität der Streifbrecher. Der 31 Jahre alte Klempner Karl König von Neumarkt, ein notorischer Streifbrecher, wegen dessen „Herabwürdigung“ schon mehrmals christliche Arbeiter auf Grund des § 153 der G. O. zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, erhielt vom Schwurgericht in Amberg wegen zweier Verbrechen des schweren Raubes 3½ Jahre Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 8. März.
Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.
Auftrieb: 5800 Schweine. Der Handel war lebhaft, überhand — Stück. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 200 Pf., Tara 20 Proz., 67,— bis 68,— (53,50 bis 54,50) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 65,— bis 67,— (52,00 bis 53,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pf., Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,— (50,50 bis 51,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 64,00 bis 65,50 (50,— bis 51,00) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58,00 bis 63,00 (44,00 bis 48,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 62,00 bis 64,00 (49,50 bis 51,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 58,00 bis 62,00 (45,— bis 48,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Komiteesitzung

am Donnerstag, dem 10. März, abends 9 Uhr im Gewerkschaftshaus

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich. **H. Scheel u. Frau, Stockelsdorf-Lohweg.**

Zum 1. April eine **Zweizimmerwohnung** mit Gartenland zu vermieten. Näheres bei **H. Möller, Maurer in Rensfeld.**

Ein **flotter Damen-Maschinenanzug** billig zu vermieten. **Weierstraße 24.**

Guterhaltene einschl. Bettstelle m. Sprungfedern. 16 Mk., Küchenschiff u. Stuhl zu 5 Mk., H. Wascht. 2,50, 2grd. Korbst. 3,25 Mk. **Fischergr. 54.**

6 Damen-Maschinenanzüge billig zu vermieten. **Brodesstraße 20, I.**

2 **flotte Damen-Maschinenanzüge** billig zu vermieten. **Glöwigstraße 5, I.**

Gesucht tüchtige Arbeiterinnen.

August Schuhmacher, Ernestinenstraße 3.

1 Triumphstuhl, Ggarderobe u. Sitzbadewanne billig zu verkaufen. **Oberstraße 12, I.**

Schuhmacher-

Maß- und Reparaturgeschäft mit guter Kundschaft und Einrichtung fortzugshalber billig zu verkaufen. Angebote unt. **K** an die Expedition.

Billig zu verkaufen dunkelblauer Kinderwagen mit Gummireifen, guterhaltener Trauerhut, Puppenportwagen. **Reiferstraße 41, I.**

Ein guterhaltener **blauer Kinderwagen** mit Gummireifen billig zu verkaufen. **Sundestraße 72, III, I.**

Ein **eichener Koffer** zu verkaufen. **Ludwigstraße 34.**

Ein guterhaltener **Kinderwagen** mit Gummireifen für 12 Mk. zu verkaufen. **Schwartauer Allee 170, I.**

Schleifstein

billig zu verkaufen. **Dornestr. 9 a.**

Ein guterhaltener **Kinderwagen** mit Gummireifen u. Nickelgestell und eine **Treppensorte** zu verkaufen. **Glandorffstr. 44, III.**

Eine **fast neue Waschmaschine** per Zufall billig zu verkaufen. **Glöwigstr. 32-34, pt. I.**

Ding zu verkaufen. **Schwartauer Allee 159**

Zum billigen Baden
27 Süßstr. 27
 empfiehlt
Konfirmations- u. Osterkarten
 in größter Auswahl!
 zu billigsten Preisen!
 Beste Bezugsquelle für Haus-
 herer und Wiederverkäufer!

Carl Folkers
Möbelmagazin
 25 Marlesgrube 25.
 Vollst. Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.
 Größte Auswahl.
 Billigste Preise.
 Weitgehendste Garantie.
 Zimmereinricht. stets vorrätig.
 Lieferung frei Haus
 auf eigenem Möbelwagen.
 : Teilzahlung gestattet :
 Bei Barzahlung Rabatt.
 Gehen rote Lubeca - Rabattmarken.

Willi Westfeling
 Uhrmacher und Juwelier
 40 Holstenstr. 40
 Passende Geschenke
 zur Konfirmation.

Tapeten
 neueste Muster, reichhaltige Auswahl
Billige Restpartien.
Hafen = Drogerie
 Georg Bornhöfft,
 Unterstraße 44/45.
 Tapetenkleister fix und fertig zum
 Gebrauch.

Die Krankenpflege
 : im Hause :
 als neunzehntes Heft der Arbeiter-
 Gesundheits-Bibliothek ist soeben
 erschienen. Ein unentbehrlicher Rat-
 geber für jede Familie, da über Be-
 handlung der Kranken im allge-
 meinen, Einrichtung der Kranken-
 stube, Hilfeleistung, Lagerung und
 Reinhaltung des Kranken etc. wichtige
 Rathschläge gegeben sind.
 Preis 20 Pfg.
 Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.



HANSA
Backpulver
 bleibt unerreich.
 Nahrungsmittel-Fabrik „Hansa“
 Hamburg.
 Für 50 „Hansa“-Düsen erhalten
 Sie eine Dose ff. Kakes gratis.
 Hans Wilms, I. Wallstraße 15 a.
 Telefon 2065.
 E. Boy, König-
 str. 61. H. 1811.
 Markt-Str. 46.
 Donnerstag und Freitag:
 Hamburger Stadt Pfd. 10 u. 15 Pfg.
 Große Portinge 3 Stück 10 Pfg.
 Fischharbade Pfd. 50 Pfg.
 Seelachs Pfd. 20 Pfg.
 Grosse Makrelbücklinge
 täglich frisch geräuch. 5 Stück 20 Pfg.
 J. L. Schmiedje, Schlumacherstr. 27.

Brennabor
Das beste Rad!
 H.A. Hill Nachf.
 Walter Schmidt
 Reparatur Werkstatt
 Johannis-Strasse 9.

Lina binden Sie die Schürze vor
 und holen Sie von einem Wagen oder Laden der **Hansa-Meierei**
 ein **Romatour à 15 Pfg.**, einen **Frühstückskäse à 10 Pfg.**

Hochfeine Tafelbutter

— absolut reinschmeckend —
 per Pfund **nur** Mk. **1.45.**
 Auf Wunsch frei Haus.
Central-Molkerei Rostock.
 Filialen Lübeck: Breitstraße 11 — Fernspr. 1910 — Moislinger Allee 2.

Arbeiter-Abstinenzbünd

Ortsgruppe Lübeck.

Lichtbilder-Vortrag

am Freitag, dem 11. März 1910
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße 50-52.
 Thema:
„Wie der Arbeiter wohnt und wie er wohnen sollte“.
 Referent: **Max König-Hannover**, Redakteur der Reformblätter.
 Klassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Karten à 20 Pfg. mit vorgedruckter Bilderfolge sind zu haben im Gewerkschaftshaus, sowie bei
 P. Löwrick, Flüchtlingstraße 17, parterre, Popp, Kanakstr. 4, H., Syassen, Klappenstraße 5a, E. Diez,
 Gartengrube 24, III. Kinder zahlen an der Kasse 10 Pfg., desgleichen die Mitglieder der Freien Jugend
 Lübecks gegen Vorzeigung einer Legitimation.
 NB. Die den Text begleitenden (zirka 100) Lichtbilder, meist in brillanten und natürlichen Farben, sind
 nach Präparaten der Londoner Universität nach Naturaufnahmen angefertigt und verbürgen so naturgetreue
 Wiedergabe.
 Die Projektionen erscheinen auf einem 8 Quadratmeter großen Schirm.

Achtung Dienstmädchen! **Achtung Dienstmädchen!**

Grosse öffentliche Versammlung

am Donnerstag, dem 10. März 1910,
 abends 8 Uhr
 im gr. Saale d. Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.
 Tagesordnung:
 1. Warum sind die Dienstmädchen unter anderem Rechte wie die übrigen Arbeiter?
 Referent: **F. Mehrlein**, Arbeitersekretär.
 2. Diskussion.
 Mädchen, es gilt jetzt, euch die Verbesserung eures Dienstverhältnisses zu erstreiten, da darf keine von
 euch fehlen!
 NB. Besonders eingeladen sind die Angehörigen der Hausangestellten.
 Der Einberufer.

Gr. Burgstr. 15



Sämtliche Reparaturen
 an Fahrrädern und Nähmaschinen
 aller Systeme werden in kürzester Zeit
 bei bill. Berechn. prompt ausgeführt.
Sämtl. Ersatz- u. Zubehörteile
 stets am Lager.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15.
 Fernruf 1685.
Magnum bonum-Eskartoffeln
 (Sandbodenextrakt)
Ernst Voß, Arminstraße 37 a.
 Fernruf 1292.

Guter bürgerl. Mittagstisch
 — 55 Pfg. —
 Dröbstraße 9, I.

Transportarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
 Donnerstag, 10. März
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Verschmelzungsfrage.
 2. Der Verbandstag in Hamburg.
 3. Festsetzung der Vergütungen.
 4. Innere Verbandsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.
 Zahlreiches Erscheinen der Mit-
 glieder erwartet
 Der Vorstand.

Photographie SAMSON & Co.
 Breitstraße 39. Telefon 1057.
 Spezialität:
Gruppen-Aufnahmen von Hochzeiten und
 Festlichkeiten, auch nach außerhalb.
Kinder-Aufnahmen.
 Konfirmanden und Schüler extra Ermäßigung, trotz be-
 kannt billiger Preise.

Drenskes Stiefel sind bequem.
 Schmiedestr. 20. **Tonhalle** Schmiedestr. 20.
 (Pariser Kinema)
 Hier sind Geister. Heiratslustig und lebensmüde.
 Mißgeschick eines bummellustigen Gatten. Die Rache des
 Dienstmädchens. Spiegel der Brautleute, humoristisch.
 Kavalleristen als Reitkünstler } Natur.
 Drahtseil-Akrobaten }

Don Quichote, Miniaturbild.
Duell in den Lüften, Drama.
Schreckliche Situation, Drama.
Pflicht über alles!
 Die Direktion.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.
 Vorstellung im Neuen Stadttheater
 am Sonntag, dem 13. März,
 nachm. 3 Uhr präzis:
M O R A L.
 Komödie in 3 Akten v. L. Thoma.
 Preis 60 Pfg. inkl. Garderobe.
 Die Auslösung der Plätze erfolgt
 gegen Rückgabe der gelösten Karten
 am Freitag, dem 11., und Sonn-
 abend, dem 12. März 1910, abds.
 von 7 bis 9 Uhr, im Gewerkschafts-
 haus, Johannisstraße 50-52.
 Zur Vorstellung haben nur
 diejenigen Zutritt, die sich
 ihre Plätze ausgelöst haben.
 Der Vorstand.

Schwartau-Rensefeld.
 Frauenversammlung
 am Donnerstag, dem 10. März,
 abends 8 1/2 Uhr
 Die Vertrauensperson.

Hansa Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr.
 Noch nie dagewes. Lachersfolg
 erzielt allabendlich die überrolle
 Lucifelle

Lübeck

auf
Stelzen
 mit Willy Agoston
 als Quasslich.
 Vorher: Das glänzende Spe-
 zialitäten-Programm.

Panorama
 Breitestr. 53, I., 3fl.
 Eine Ozean-Fahrt nach
New-York.
 Besuch der Conay-Insel.

Stadthallentheater.
 Donnerstag, 10. März. Abds. 8 U.
 Zum letzten Male.
Das Konzert.
 Lustspiel von Fern. Vahr.
 Vorverkauf täglich in den bekannten
 Stellen bei Nagel, Markt 14 und
 Rob. Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
 Donnerstag, 10. März. 8 1/2 Uhr.
 Volk-Ab. 150. Donnerstag-Ab. 24.
Götterdämmerung.
 Musikdrama von Richard Wagner.
 Freitag, 11. März. 7 1/2 Uhr.
Zar und Zimmermann.
 Komische Oper von Lojzing.
 Vorläufige Anzeige.
 Montag, 14. März. 7 1/2 Uhr.
 Erhöhte Preise.
 Einmal Gastspiel Ottilie Metzger
 vom Stadttheater in Hamburg.
Carmen. Oper von Bizet.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 8. März 1910.

51. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Tirpitz.

Der Marineetat.

Die Kapitel „Antendantur“, „Indiensthaltungen“, „Schiffsverpflegung“, „Vertriebs- und sonstige Materialkosten“, „Bekleidung“ werden zum Teil nach kurzer Debatte, zum Teil ohne Debatte bewilligt. Bei dem Kapitel „Indiensthaltungen“ wird ein konservativ-nationalliberaler Antrag, der die von der Kommission geforderte Erhöhung der Tafel- und Messgeldes um 180.000 Mk. wieder herstellen will, abgelehnt, und die Resolution der Kommission auf Neuregelung der Bestimmungen über diese Gelder angenommen.

Beim Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werften“ beantragen die Abgg. Albrecht (SD.) und Gen. die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Untersuchung der Ursachen der Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichswerften und zur Beratung einer Reform der Werftbetriebe aus sozialpolitischen, technischen, kaufmännischen Gesichtspunkten.

Severing (SD.): Der Staatssekretär sieht unter einer Autosuggestion, wenn er meint, alle Betriebe seien instand, und nur in Kiel seien einige unliebsame Erscheinungen beim Altstellenverkauf vorgekommen. Im vorigen Jahre hat in der Budgetkommission der Admiral Heusinger davon gesprochen, daß die Summe der Unteranschlägen eine Million erreiche. Er sagte, daß nicht nur Altstellen, sondern auch Eisenerze, Taue, Del in großen Quantitäten entwendet werde. (Hört, hört! b. d. Soz.) In diesem Jahre beauftragte der Staatssekretär in der Kommission, daß Admiral Heusinger beizutreten das Schlachtfeld verlassen habe. Ich mußte dabei aber an die Worte Burleighs in „Maria Stuart“ denken: „Graf, dieser Mortimer starb Euch sehr gelegen.“ (Heiterkeit.) Denn wenn der Admiral hier sprechen sollte, so hätte er zugeben müssen, daß Unregelmäßigkeiten in allen Betriebszweigen der Kieler Werft vorgekommen sind, ebenso aber auch in Danzig und Wilhelmshaven. (Hört, hört! b. d. Soz.) Deshalb haben wir unsere Resolution, obwohl sie in der Kommission abgelehnt wurde, wieder eingebracht und bitten um ihre Annahme. Der Reichstag hat vor etwa zwei Jahren einer Resolution zugestimmt, die in ihrem ersten Teile eine Förderung des Tarifgedankens enthielt, und im zweiten die Marineverwaltung aufforderte, bei einer Neuordnung der Arbeitsverhältnisse die Arbeiterauschüsse zur Mitwirkung heranzuziehen. Bei einigem guten Willen wäre die Marineverwaltung sehr wohl in der Lage gewesen, dieser Resolution nachzugehen. Ich habe nichts dagegen, daß das Reichsmarineamt sich nach der Meinung der Industriellen erkundigt, aber das selbe mußte es dann auch bei den Arbeitern tun. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber davon hat man nichts gehört, daß ein Vertreter des Reichsmarineamts sich jemals zu einer Generalversammlung einer Gewerkschaft einfindet. Bereits wenige Monate nach Annahme jener Resolution wurde mir mitgeteilt, daß das Gesuch des Arbeiterauschusses in Wilhelmshaven, bei Festsetzung der Löhne und Bedingungen mitzuwirken, durch einen Vertreter des Oberwerftdirektors abgelehnt wurde. (Hört, hört! bei den Soz.) Und auch von anderen Orten sind mir Mitteilungen zugegangen, daß der doch wahrlich recht bescheidene Wunsch des Reichstages nur mit Nichtachtung beantwortet worden ist. Die Auffassung, daß die Mitwirkung der Arbeiterauschüsse bei Festsetzung der Lohnverhältnisse durchaus notwendig ist, auch im Interesse der Werft, wird auch bereits von höheren Werftbeamten geteilt. Ich freue mich, darauf hinweisen zu können, daß noch im letzten Jahre der Torpedodirektor in Wilhelmshaven sich eingehend mit der Frage beschäftigt und diese Mitwirkung direkt verlangt hat. Gewiß tut er das nicht um der schönen

Augen der Arbeiter willen. Er ist vielmehr zu der Auffassung gelangt, daß bei Festsetzung der Lohnverhältnisse die Arbeiterauschüsse herangezogen werden sollen, um einen Mißbrauch der Amtsgewalt durch Unterbeamte zu verhindern und um eine größere Wirtschaftlichkeit der Werft zu erzielen. An zahlreichen Beispielen könnte ich beweisen, daß die Werftverwaltung in ihrem eigenen Interesse handeln würde, wenn sie die Arbeiterauschüsse zulassen würde. Ich brauchte mich nur den Ausführungen des Torpedodirektors anzuschließen, der darauf hinweist, wie sich diese Mitwirkung gestalten soll, damit der Ausschuss keine Tätigkeit sowohl im Interesse der Verwaltung als auch im Interesse der Arbeiter erfüllen kann. Allerdings, dann darf aber auch nicht mehr die ungleiche Behandlung der Arbeiter in den Werftbetrieben beibehalten werden. Heute wird der Arbeiter vor seiner Anstellung darauf geprüft, ob er nicht etwa Sozialdemokrat ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber Kollege Leonhard hat bereits darauf hingewiesen, daß die Werften nicht in der Lage wären, auch nur ein einziges Schiff zu bauen, wenn sie alle Sozialdemokraten von der Arbeit ausschließen wollten. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Glaubt denn die Werftverwaltung wirklich, von der Polizei objektive Berichte zu bekommen? (Sehr gut! b. d. Soz.) Wie soll z. B. der Berliner Volkszeitungspräsident objektiv über Arbeiter berichten können? Herr von Jagow, der noch nicht einmal die Gesetzgebung kennt! (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Es kommt bei diesen Verdächtigungen nichts anderes heraus als eine Spiegelmittelerei. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Wenn einmal die verehrten Kollegen Leonhard, Strauß, oder sogar Erberger ihre Mandate verlieren und, was Gott verhüten möge, bei der Kieler Werftverwaltung um Arbeit nachsuchen müßten (gr. Heiterkeit), etwa als Instrumentenmacher oder Minenleger (Sturm, Heiterkeit), so würden sie sicher, da sie bisweilen Opposition gemacht haben, als sozialdemokratischer Gesinnung dringend verdächtig abgewiesen werden. Bei den Erörterungen der letzten Tage, ob es Beamten erlaubt sei, sich mit Abgeordneten in Verbindung zu setzen, haben der Herr Staatssekretär, Herr von Derges, Herr Herzog u. a. von einem Denunziantentum, das dadurch großgezogen werde, gesprochen. Herr v. Tirpitz ist aber bekanntlich preussischer Staatsminister, also Minister eines Staates, welcher ohne Spionage und Denunziantentum nicht glaubt auskommen zu können. (Sturm, Zustimmung b. d. Soz., Unruhe rechts.) Wenn also Herr v. Tirpitz ein so großer Gegner des Denunziantentums ist, so mache er einmal seinen Einfluß auf seinen Kollegen v. Moltke dahin geltend, daß dieser mit seinem System der politischen Spionage bricht! (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ich habe an den Herrn Staatssekretär verschiedene Anfragen zu richten. Noch immer haben wir keine Antwort erhalten über die Gründe der Maßregelung des Kieler Arbeiterauschussesmitglieders Fischer. Der Staatssekretär verläßt sich offenbar zu sehr auf seine Gewährsmänner, obwohl doch Auskünfte immer bedenklich ausfallen müssen, die bei den Stellen eingeholt werden, über die Beschwerde geführt ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) So war z. B. auch die amtliche Auskunft völlig unrichtig, die hier über den Fall eines Korvettenkapitäns gegeben wurde, der Mittel der Krankenkasse für das uneheliche Kind eines Leutnants verwendet hat. Das Arbeiterauschussesmitglied, welches, wie es seine Pflicht war, diese Rechtswidrigkeit meldete, ist gemahnt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieses ist das Resultat neuer genauer Feststellungen. Der Herr Admiralitätsrat Harms hat selbst festgestellt, daß die Löhne der Marinearbeiter noch unter denen der Privatbetriebe stehen. Er meinte dazu, die Lebenshaltung der Arbeiter sei nicht teurer geworden. (Lachen b. d. Soz.) Daß aber durch die Finanzreform die Lebensmittelpreise erhöht sind, brauche ich nicht näher anzuführen. — Der Staatssekretär sagte, bei Entlassungen soll in Zukunft milde verfahren werden. Ich weiß nicht, ob die nachgeordneten Stellen sich danach richten. In Wilhelmshaven ist Leuten gekündigt worden, die dort 8 Jahre beschäftigt waren. Bei besserer Verteilung der Arbeit wären keine Entlassungen nötig gewesen. Vor allem sollte der Staatssekretär ganz generell eine Verkürzung der Arbeitszeit anordnen, bevor Entlassungen eintreten. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Auch

in jeder anderen Beziehung fehlt der Nachweis, daß die Arbeiter in Staatsbetrieben besser gestellt sind als in Privatbetrieben. Ich wende mich zu dem in der Kommission erörterten Danziger Fall. In Bezug auf das Danziger Wasserloch ist mir Sensationslust vorgekommen. Man schrieb von sozialdemokratischen Mägen und Abtreibungen. Wie kann man aber angesichts des Kieler Prozesses überhaupt noch von Sensationshaselei sprechen? Neue Unregelmäßigkeiten in der Werftverwaltung sind doch danach für die Öffentlichkeit nicht Neues und Unerwartetes mehr. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Nachrichten über das Danziger Wasserloch würden gar nicht solches Aufsehen erregt haben, wenn nicht ein so merkwürdiger Untersuchungsbericht veröffentlicht worden wäre. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nun hat mich der Staatssekretär um das Material gebeten. Ich habe es ihm unterbreitet, indem ich eine unparteiische Untersuchung voraussetzte. Nun ist mir aber bekannt geworden, daß diese Voraussetzungen nicht beobachtet worden sind, und ich muß deshalb dringend bitten, daß in Zukunft Untersuchungen anders geführt werden. Auch habe ich den bei Übergabe des Materials erbetenen Bericht über das Ergebnis der Untersuchung bis heute nicht erhalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) In Danzig sind nach mir gewordenen Mitteilungen wertvolle Materialien verfenkt worden. Zudem ich diese Mitteilungen zur Nachricht des Marineamt brachte, hatte ich natürlich nicht das Verstehen, einen Beamten zu diskreditieren, sondern nur das System zu beseitigen, aus dem solche Vorkommnisse resultieren. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn mir eine solche Verschuldung gegen unterstellte Beamten mitgeteilt würde, so würde ich die Untersuchung selbst überwinden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Herr Oberwerftdirektor aber ist an der Untersuchungsstelle vorgefahren, hat einige Anordnungen getroffen, und die Untersuchung dauerte dann tatsächlich kaum eine halbe Stunde. Als Werkzeuge dienten lediglich ein paar Haken, die zur Untersuchung ganz untauglich waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß bei einer solchen Untersuchung nichts herauskommen konnte, besonders wenn man nichts finden wollte, ist klar. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Und doch hat man etwas gefunden und zwar, wie das Protokoll vermuten läßt, mehr als mit Worten direkt darin gesagt wird. Was ist nun die Ursache dafür, daß man die Sachen beseitigt oder verbrannt hat? Ich glaube, und das ist auch in anderen Fällen bestätigt worden, die Ursache war das Bestreben der Beamten, nichts über den etatsmäßigen Bestand hinaus vorzutragen zu haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär und auch der Kieler Oberwerftdirektor haben erklärt, daß eine Weisung, die den Verkehr zwischen Beamten und Abgeordneten verbietet, nicht ergangen sei. Der Staatssekretär muß aber darüber hinaus sich zu einer Erklärung bequemen, daß er derartige Weisungen untergeordneter Behörden nicht billigt. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Bei der Untersuchung in Danzig hat man nämlich weniger danach geforscht, ob die Materialien auf dem Grunde der Weichsel vorhanden waren oder nicht, sondern hauptsächlich nach dem Urheber der „Denunziation“. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine ganze Reihe von Militärenden beweisen ferner, daß das ganze System der Denunziation bedarf. Zunächst klagen die Arbeiter über die Praxis, die bei ihrer Überweisung an andere Ressorts geübt wird. Während in einem großen Privatbetrieb eine telephonische Verständigung genügt, müssen hier die Arbeiter von einem Meister zum anderen laufen, ehe sie an die richtige Stelle kommen. Für die Verschwendung, die man mit den Steuergroschen der Bürger treibt, ist es bezeichnend, daß jetzt die aufsichtsführenden Offiziere der Kieler Werft eine besondere Vinasse zum Überlegen haben. So kommt heute eine jede Überfahrt eines Offiziers, die früher 10 Pfennige mit der gewöhnlichen Jahre kostete, auf 3,60 Mk. zu stehen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Die Ausstattung der Kaiserjacht „Hohenzollern“ erfolgte auch nicht gerade nach den Grundsätzen der altpreußischen Sparamkeit. Die zweimal jährlich erfolgende Renovierung kommt auf ungefähr eine halbe Million zu stehen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ich habe noch eine große Fülle von Material für dieses System der Verschwendung, das

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän E. von Sarauw.

(38. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
Dann zog er seine Friesjacke an, drückte den Hut auf den Kopf und ging mit schweren Schritten aus der Stube.
„Du mußt den Handel rückgängig machen, wenn er es verlangt, denn er ist nicht richtig im Kopfe“, sagte der Altermann, ehe er Hädel folgte.
Sören Börjög legte den Kaufkontrakt zusammen und steckte ihn zu sich mit einer Miene, welche der Altermann glücklicherweise nicht bemerkte.
Hädel schritt voran, den Hügel hinauf; der Altermann folgte ihm. Als sie die Höhe erreicht hatten, sagte der Altermann: „Hör, Hädel, Du solltest mit mir nach Amerika gehen.“
„Mit zwei leeren Händen“, erwiderte Hädel mißmutig.
„Mit den Händen, die Du hast, kannst Du es weit bringen“, erwiderte der Altermann. „Ich für meinen Teil habe große Lust. Das, was ich besitze, ist gut angebracht und mein Haus kann ich jeden Augenblick verkaufen. Hier, Hädel, sind wir fertig. Ich bezahle für Dich, bis Du Dir selbst etwas verdienen kannst. Und außerdem hast Du drüben einen Jungen und auch eine Frau, wenn Du willst — komm!“
Hädel war stehen geblieben und schaute zurück. Hier oben vom Hügel nahm sich das, was er in den vielen Jahren ausgedacht hatte, sehr gering aus. Er sah längs den Felsen, die seine Aker umgaben, er kannte jeden Stein, der da lag, und er dachte an all' die Arbeit, die er dort unten verrichtet hatte.
Dann blickte er über das Land und den verfallenen Graben; und seine Brust ward von Bitterkeit erfüllt, als er an alle seine Pläne dachte, die er dort hatte ausführen wollen. Dann gedachte er auch der großen Anna und der glücklichen Zeit, als Christine zu Hause war und alles gut ging. Darauf schweifete sein Blick über den Sand mit dem schimmernden Saum der Brandung. Das Meer lag grau und hoffnungslos vor ihm und wehrte mit dem dichten Nebel, schleier den Gedanken, die nach Westen wollten.
Und wie die schwere Regenluft immer finsterner ward, je mehr der Sturm nachließ, so senkte sich Mühsam in sein

Herz nach dem starken Aufbrausen, in welchem er den Hof verkauft und alles verlassen hatte.
Aber in all' seinem Kummer über Christine, über sich selbst und sein verlorenes Leben, in all' dem Druck, der auf ihm lastete, klangen ihm die letzten Worte des Altermanns fast wie ein Trost. Mitten in dem traurigen Dunkel, das ihn umgab und in das er hineinstarrte, glaubte er einen lichteren Punkt zu entdecken; und Strahlen kamen hinzu und sammelten sich darum, bis es hell glänzte, und er sah, daß es das Haupt eines Kindes war — ein kleiner weißer Nacken mit rottem lockigen Haar.
Er tat einen tiefen Atemzug und sah sich verwundert um. Daran hatte er nie gedacht: es war doch noch etwas da, woran er Hoffnungen knüpfen konnte.
„Nun, willst Du mit?“ fragte der Altermann wieder.
„Ja“, antwortete Hädel und richtete sich ganz in die Höhe, „aber vorher will ich nach Christiania, um Christine zu sehen und die Sache in Ordnung zu bringen.“
„Ach nein! Laß es nun mit der Sache genug sein —“
„Ich will bloß haben, daß Sie sagen sollen, ich habe recht“, verzette Hädel und seine Augen funkelten.
„Ja, ja“, sagte der Altermann nachgiebig, „es gehen auch wohl von dort Auswandererschiffe ab jetzt im Frühjahr.“
In seinem stillen Sinn dachte der Volsen-Altermann, es sei doch im Grunde nicht übel, nach Christiania zu kommen. Zunächst um Christines willen; dann aber nährte er auch insgeheim die Hoffnung, daß es ihm drinnen in der Hauptstadt doch schließlich gelingen werde, an den heran zu kommen, der über allen Lehnsuännern, Rottenmeistern und Kapitänen stand. Es könnte doch Spaßhaft sein, zu erfahren, ob es im Reiche Norwegen angehe, einen Weg in einem solchen Zustande liegen zu lassen.
16.
Christine hatte nicht lange im Krankenhause gelegen, als es sich zeigte, daß sie bald sterben müsse. Die Krankheit, die einen so raschen Verlauf genommen, griff die edleren Teile an, und nachdem sie einen Tag ohne Bewußtsein gelegen hatte, verschied sie in später Abendstunde.
Johann war bis zu ihren letzten Augenblicken bei ihr gewesen; und als alles vorüber war, wanderte er mit aufgeschlagenem Rocktzen — wie es seine Gewohnheit war — durch die Straßen, ohne sich um irgend etwas zu kümmern.
„Guten Abend, Doktor Bennechen!“ sagte der Kammerherr Delphin, der eben im Begriff war, seine Haustür

aufzuschließen; „kommen Sie mit hinauf zu mir, dann rauchen wir eine Zigarre und trinken ein Glas Wein zusammen.“
„Sonderbarer Kauz — dieser Doktor Bennechen“, dachte der Kammerherr, als der andere an ihm vorbeiging, ohne einen Laut von sich zu geben.
Er zündete die Lampe an, als er in seine Wohnung kam, warf den Rock ab und zog den Schlafrock an. Dann steckte er sich eine Zigarre an, trank ein Glas Wein und wanderte in seinen beiden hübschen Stuben auf und ab, indem er über die Ereignisse des Tages nachdachte.
Seit dem großen Ball bei Falck-Ollens war sein Verhältnis zu Hilba Bennechen immer vertraulicher geworden. Aber in der letzten Zeit — den ganzen Winter hindurch — hatte sie sich immer mehr von ihm zurückgezogen. Wohl konnte er sie noch ein seltenes Mal dazu bringen, den guten alten Ton anzuschlagen, aber bloß für einen Augenblick; dann stieß sie ihn in einer eigentümlich scheuen Weise, die er nicht verstehen konnte, von sich.
Der Kammerherr Delphin schlug die Asche am Ofen ab und dachte an etwas anderes.
Heute abend hatte sie ihm gerade heraus gesagt, daß sie nicht mehr mit ihm spazieren gehen wolle, und es auch vorzöge, nicht mehr mit ihm zu tanzen.
Wieder verjagte er den Gedanken; aber hartnäckig kehrte er zurück, bis er vor dem Spiegel stehen blieb und sich selbst fest ansah: „Hör' mal, Georg, wie ist es eigentlich mit Dir bestellt?“
Er schloß sein Schreibpult auf und schrieb schnell:
„Lieber Georg!
Es tut mir sehr leid, daß auch Du, von dem ich so gut glaubte, zum Heuter gegangen bist. Denn:
Wer zum ersten Male liebet
— Sei's auch glücklich, ist — ein Gott.
Aber — wer zum zweiten Male
Glücklich liebt, — der ist ein Narr.
Und Madame Börresen hat mir alles erzählt: Du bist verlobt.
Nun — das könnte ich noch immer hingehen lassen. Aber daß Du verlobt bist in eine kleine Affin mit Hundeaugen und flacher Nase — das deutet auf eine Entartung der edleren Organe hin; und das tut mir bitterlich leid um Dich.
Und wärst Du noch ein ganzer Mann; aber das bist Du nicht, und das weißt Du auch selbst; denn ich sehe Dir, Wärfst Du aber wir beide, so würde ich Dir sagen;

oft mit Zerstörungslust und Vandalismus gepaart ist. Rifen der wertvollsten Bauteile verwendet man zur Fundamentierung, wo gewöhnlicher Mörtel dieselben Dienste leistet. Kleinfachungen im Werte von 150 Mk., noch gut zu gebrauchen, verkauft man für 5 Mk. (Lebh. hört, hört!, Rufe b. d. Nat.: Beweise!) Ach Herr Kollege Weber, ich habe schon erklärt, daß ich meine Gewährsmänner nennen werde, wenn der Staatssekretär die Erklärung abgibt, daß sie nicht gemahregelt werden. Hier ist in den letzten Tagen sehr oft von nationalen Taten geredet worden. Ich meinerseits würde es als eine nationale Tat ansehen, wenn der Reichstag gründlich in die Marineverwaltung hineinschauen wollte. In diesem Sinne blühe ich dringend um Annahme unserer Resolution. (Bravo! b. d. Soz.)

Gch. Admiralsratsrat Harns: Die Frage der Tarifverträge kann nicht vom Reichsmarineamt gelöst werden. Seinen geringen Einfluß, den es bei Lieferungsaufrägen ausüben kann, wendet es aber an. Die von der Marineverwaltung beschäftigten Arbeiter dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren sein oder eine das friedliche Verhältnis zwischen Verwaltung und Arbeiter störende Tätigkeit entfalten. Solche Leute können wir nicht brauchen. (Lachen bei den Soz. Bravo! rechts.) Nach der politischen Meinung der Leute wird aber nicht geforscht. Das Arbeiterauschussmitglied Fischer ist entlassen worden, weil der Mann sozialdemokratische Agitation trieb. (Bravo! rechts. Unruhe bei den Soz. Abg. Ledebaur ruft: Wertpolizei!) Die Löhne unserer Arbeiter stehen im Durchschnitt höher als die der Privatindustrie. Wir haben die stündliche Arbeitszeit, haben eine Unterstützungskasse und auch entgegen der Behauptung des Abg. Severing den § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches. (Hört, hört! rechts. Abg. Severing ruft: Auf dem Papier!) Urlaub haben die Arbeiter auch, mehr können wir ihnen nicht geben, weil es zuviel kosten würde. (Sehr richtig! rechts.) Die Untersuchung des Wasserloches in Danzig konnten wir doch nur von den zuständigen Beamten ausführen lassen. Dieses Wasserloch ist seit langem als Müllgrube benutzt worden. Aus dem Artilleriereport stammte von den gefundenen Sachen nur wertloses Zeug. Woher die gefundenen Kupfer- und Oseutrohre stammen, dafür fehlt jeder Anhalt. Einen Taucher hinunter zu schicken, ging nicht an, er hätte nur mit seiner schweren Rüstung alles in den Waddern getrieben. Auch Auspumpen war unmöglich. Redner sucht eine Reihe weiterer Mißstände als unerheblich oder als nicht vorhanden hinzustellen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Mommsen (Fp.): Die Beschwerden über das Danziger Wasserloch hätten hier nicht wieder vorgebracht werden sollen. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Die Sozialdemokraten verlangen Unparteilichkeit, aber in den Arbeiterauschüssen, z. B. in Danzig, werden Nichtsozialdemokraten anständig ferngehalten. (Hört, hört! b. d. Freis. und rechts.) Redner verbreitet sich alsdann ausführlich über die Notwendigkeit des kaufmännischen Geistes in der Werkverwaltung.

Staatssekretär von Tirpitz spricht über die Beamtenverhältnisse, wendet sich gegen die ungeteilte Arbeitszeit auf den Werften und erklärt, daß er mehr auf Lässigkeit und weniger auf Anciennität lege.

Schürmer (Z.): Mit schönen Worten kommt man über den schlimmen Eindruck, den die Mitteilungen des Abg. Severing über das Danziger Wasserloch im Reichstag und im Volke gemacht haben, nicht hinweg. Es kommt nicht so sehr auf den Wert der Gegenstände an, sondern darauf, daß man solche Sachen überhaupt versenkt hat. Die Marineverwaltung ist offenbar über bestehende Mißstände nicht genügend unterrichtet. Redner kritisiert die niedrigen Löhne auf den Werften. Bei Festsetzung der Akkordlöhne sollten die Arbeiterausschüsse gehört werden. Bei notwendigen Entlassungen sollte Rücksicht genommen werden auf die seit längerer Zeit Beschäftigten. Es sind aber in letzter Zeit Leute entlassen worden, die 15, ja 25 Jahre beschäftigt waren. — Der Gedanke der Resolution Albrecht ist bereits in der Kommission verwirklicht worden, es ist aber dabei nichts herausgekommen. Wir lehnen sie deshalb als unwirksam ab.

Dr. Weber (M.): Auf Tarifverträge kann man die Marineverwaltung nicht festlegen. Sozialdemokratische Agitatoren gehören nicht in Staatsbetriebe. Auch die Sozialdemokraten lassen auf Bauten keine anders Organisierten zu. (Zuruf b. d. Soz.: Häubergeschichten, Unwahrheit!) Herr Severing soll die Namen seiner Gewährsmänner nennen. Der Herr Staatssekretär hat in der Kommission sich verpflichtet, den Leuten nichts zu tun. (Widerspruch bei den Soz.) Er wird jedenfalls diese Erklärung auch im Plenum wiederholen.

Leonhardt (Fp.): Die Vernehmungen von Beamten wegen ihres Verkehrs mit Abgeordneten sind vom Konteradmiral Dyd im Auftrage des Oberwerftdirektors vorgenommen worden. Herr Admiralsratsrat Harns gegenüber betone ich, daß es die Verwaltung garnicht angeht, was ein Arbeiter in seiner freien Zeit tut, und ob er Sozialdemokrat ist oder nicht. (Lebh. Sehr richtig! links.)

Severing (Sd.): An den Oberwerftdirektor sollen sich die Beamten nicht wenden. Ja, was sollen sie denn tun, wenn sie ernstlich befreit sind, den deutschen Namen

Recht, mein Junge, das ist die beste Arznei für Dich, die einzige Manier, auf welche Du die Trümmer Deines verlumpten Lebens reiten kannst. Nimm sie — je häßlicher, je besser, geh' mit ihr gerade hinein in die Salons und sag' es laut!

Meine Damen und Herren, ich bin stolz darauf, daß sie mich gewählt hat. Dann wäre vielleicht auch einige Hoffnung für Dich da, dann würdest Du nicht länger der erbärmliche Wicht, der Du bist und bleiben wirst in alle Ewigkeit — Amen!

Er warf die Feder weg und leerte das vor ihm stehende Glas.

Johann Bennemann war über den Bergelandsweg gekommen, weil er einen großen Bogen durch die äußeren Stadtteile gemacht hatte, als er von dem Hospital fortging. Aber nun trieb es ihn unwillkürlich hin zum Hause seines Vaters, um jetzt, da alles vorbei war, die hohen Kellerfenster, wo er so viel geliebt und gelitten hatte, wiederzusehen. Als er sich näherte, sah er einen Mann, der sich mit der Straßenröhre zu schaffen machte. Der Doktor erkannte sofort Moh und wollte vorbeigehen. Er bemerkte aber, daß Moh von Zeit zu Zeit zur Seite trat und das Schlüsselloch nicht finden konnte.

Johann Bennemann sah, daß der Mann betrunken war, und trotz des Abscheus, den er vor ihm empfand, trat er doch hinzu, um zu helfen.

Andreas Moh konnte trotz seiner Trunkenheit erkennen, wer es war.

Ja, der Doktor ist ein höflicher Mann, begann er in seinem demütigen Ton, ein sehr höflicher Mann; das sagt Christine auch.

Als er aber ihren Namen nannte und gleichzeitig sein Gesicht in die andächtigen Falten legen wollte, ward Johann so zornig, daß er ihn an der Schulter packte und schüttelte.

„Sie ist tot!“ rief er mit zusammengebißenen Zähnen, „und Du bist, der sie getötet hat!“

(Fortsetzung folgt.)

vor Verunglimpfung und Schmutz zu bewahren. Herr Geheimrat Harns sagte, ich hätte die Zustände als beinahe ruffähig hingestellt. Bald wird man aber mit Zug und Recht nicht mehr von ruffähig, sondern von deutschen Zuständen sprechen. (Gr. Unruhe rechts.) Noch ist nicht so, aber wir wollen den deutschen Namen vor dieser Schande bewahren. (Lebh. Just. bei den Soz.) Was Herr Geheimrat Harns hier auf Grund seiner Informationen berichtet, ist durchaus nicht zutreffend. Dies geht aus Einzelheiten hervor. Er sagte, nur die würden entlassen, die im Betriebe agitierten und hat auf den Fall Verloß hingewiesen. Verloß soll vor Gericht die Agitation zugegeben haben. Aus den Gerichtsakten habe ich aber festgestellt, daß Verloß eine solche Erklärung nicht abgegeben hat. Auch in dem Zeugnis des Danziger Oberwerftdirektors heißt es: „Durch seine dienstliche Führung sowie durch seine Führung im Privatleben hat er keinen Anlaß zum Tadel gegeben. Wogegen seine Führung im öffentlichen Leben nicht tadelhaft war.“ Es ist hiernach erwiesen, daß der Mann deshalb entlassen ist, weil er als Sozialdemokrat erklärte, Mißstände zur Sprache zu bringen. Auch in bezug auf die Nichtaufhebung des § 618 B. G. B. ist Geheimrat Harns falsch informiert. Ich verweise auf eine Verfügung des Oberwerftdirektors von Wilhelmshaven vom 9. Juli 1907: „Der Antrag der Kommunalvertreter auf Freigabe des ganzen Nachmittags mit Lohnzahlung bei Sitzungen wird abgelehnt.“ Die Kosten einer erweiterten Urlauberteilung, welche nach Herrn Harns unerschwinglich sein sollen, wären leicht durch Ersparnisse einzuholen, wenn man z. B. nicht zweimal jährlich das Linoleum auf dem Deck der Hohenzollern erneuern würde. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Geheimrat Harns hat dann die Sachen angeführt, die aus dem Danziger Wasserloch geborgen sind, aber was noch begraben liegt, davon hat er nichts gesagt. (Gelächter rechts. Abg. Mommsen: Das wissen Sie ja auch nicht.) Gewiß, aber ich habe mich erboten und bin noch heute bereit, bei der Hebung der Sache mitzuwirken. Verleiten Sie mir doch die Wamagge, daß nichts gefunden wird! (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich bin sogar bereit, in diesem Falle die Kosten zu tragen. Ich würde aber schon andere Anordnungen treffen. Wie würde es schon gelingen, die Stelle einzudämmen und auszupumpen. (Sehr gut! b. d. Soz.) und nach Herrn Geheimrat Harns unmöglich sein soll. Wenn Sie mir aber diese Möglichkeit nicht geben, dann dürfen Sie mir auch keine Vorwürfe machen. Die Danziger Bevölkerung wird jedenfalls verwundert den Kopf schütteln, daß ihr Vertreter, Herr Mommsen, ohne sich persönlich an Ort und Stelle zu informieren, der Regierung reichlich rüfen, pfeifen dort die Spagen von den Dächern. Herr Weber spielte wieder auf den Vorwärtsbetrieb an, aber grade dort haben die Arbeiter das Recht, zur Geschäftsleitung zu gehen und Vorschläge zur Sprache zu bringen. Auch sind dort nicht nur Sozialdemokraten beschäftigt. Wenn Sie also die Einrichtungen sozialdemokratischer Betriebe auf die Marineverwaltung übertragen wollen, haben wir nichts dagegen. Dann werden es wirklich Musterbetriebe sein. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt. Die Resolution Albrecht (Sd.) auf Einsetzung einer Untersuchungskommission wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Fortschrittler abgelehnt.

Eine Reihe weiterer Kapitel und Titel wird teils debattiert, teils mit unwesentlicher Debatte erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr. (Reiß des Marineetat, Postetat.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Gegen Wahlrechtsdemonstranten geht jetzt die Frankfurter Polizei mit Strafmandaten vor. 85 Genossen, die bei den Demonstrationen am 13. und 17. Februar Brügel bekommen hatten, haben obendrein noch Strafzettel erhalten, lautend auf 1—3 Wochen Haft. In den meisten Fällen ist Verurteilung elugelegt worden. Auch Genosse Wendel von der „Frankfurter Volksstimme“, der am 13. Februar ein Hoch vor dem Bismarckdenkmal ausgedrückt hatte und dann verhaftet worden war, hat ein Strafmandat auf 3 Wochen Haft bekommen. Im Laufe der Woche werden wieder von der Strafkammer gegen einige Demonstranten Verhandlungen stattfinden. Es handelt sich aber durchweg um sehr leicht wiegende Fälle.

Gewerkschaftsbewegung.

Vom Streik der Buchbinder und Kartonnagenarbeiter in Plauen i. V. Sonnabend kamen wiederum Truppen Arbeitswilliger aus Hamburg und Berlin an. diesmal waren es gelernte Arbeiter. Nach Kenntnis der Sache verzichteten sie jedoch auf die angebotene Arbeit und reisten wieder ab. Der Gaubevollmächtigte des Buchbinderverbandes, Genosse Bfütze, wurde zur polizeilichen Vernehmung bestellt. Ihm wird zur Last gelegt, am Montag, den 28. Februar bei den allabendlichen Menschenansammlungen gerufen zu haben: „Nieder mit den Streikbrechern! Stecht die Hunde nieder!“ Schon wer Pfütze kennt, wird ihm eine solche Dummheit nicht zutrauen, dazu kommt aber noch, daß Pfütze an dem Abend garnicht in Plauen war. So kommen Anzeigen zustande. Die Anzeige soll von Arbeitswilligen und einem Agenten Hinz gemacht worden sein. Auch sonst ist die Polizei sehr eifrig; das Streikpostenstehen wird verboten und Strafmandate regnet es man. — In Chemnitz und in Limbach haben die Kartonnagenarbeiter an die Prinzipale einen neuen Tarif eingereicht und Antwort bis zum 11. d. Mts. erbeten. Zuzug ist auch nach diesen Orten fernzuzahlen.

Von den Verhandlungen im Holzgewerbe. Die Verhandlungen der Ortsvertreter sind in der letzten Woche fortgesetzt worden und ist es neben den bereits genannten Städten noch zur Einigung gekommen zwischen den Vertretern von Düsseldorf und Kiel. Die Vertreter der übrigen Orte haben die Heimreise resultatlos antreten müssen. Immerhin ist die Einigung für Betriebe mit rund 10 000 Arbeitern erfolgt und Aussicht vorhanden, daß es in den nächsten Tagen gelingt, einige weitere Städte zur Einigung zu bringen. Wenigstens werden die Verhandlungen zwischen den Verbandsvorständen fortgesetzt und ist es nicht ausgeschlossen, daß die Vertreter einiger Orte, wo die Einigung bisher nicht möglich war, nochmals nach Berlin berufen werden. In den anderen Orten sollen die Parteien ebenfalls weiter verhandeln. Dieses trifft auch auf Berlin mit Vororten zu. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ läßt ihren Bericht über die Verhandlungen wie folgt ausklingen: „Die Möglichkeit, in der Holzindustrie zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, ist vorhanden, aber wir haben noch keineswegs die Gewißheit, daß der Kampf vermieden wird. Wir wollen wohl das Beste hoffen, aber nur der handelt weise, der bei aller Hoffnung, die er hegt, es nicht verabsäumt, sich auf den schlimmsten Ausgang einzurichten. Und deshalb müssen wir auch heute unsere Mahnung an die Kollegen wiederholen, die weitere Entwicklung der Dinge mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und sich stets kampfbereit zu halten, damit eine plötzliche Wendung zum Schlimmen uns nicht überraschend trifft.“

Kommunales.

Die Würzburger Stadtverordneten haben einen Antrag auf Ausrüstung aller Polizeiergane mit Vistolen abgelehnt mit der Begründung, es sei keine Garantie gegeben, daß nicht einmal ein Schußmann bei studentischen Straßenausbreitungen die nötige Ruhe verliert und darauf losfährt.

Aus Nah und Fern.

Bergmannslos. Auf der Reche Werne (Kreis Hamm) wurden durch herabstürzende Steinmassen vier Bergleute verletzt und einer getötet.

Mißo der Arbeit. In der Kölner Walzen- und Formfabrik explodierte eine Flasche Salpetersäure. Durch die sich entwickelnden giftigen Gase wurden ein Inhaber der Fabrik und ein Arbeiter getötet und drei andere Arbeiter schwer verletzt.

Über den Leichenfund bei Eitelben wird aus Halle weiter berichtet: Die Leichen der in Eitelben Leich bei Eitelben aufgefundenen zwei Kinder wurden rekonstruiert, und bald darauf wurde noch eine Frauenleiche gefunden. Es handelt sich um die Frau des Hüttenmanns Bornschein aus Wimmelburg, die mit ihren beiden Kindern aus Verzweiflung über andauernde Krankheit vor einigen Tagen den Tod gesucht hat.

Muttermord. In dem kleinen Städtchen Ruffenhäusen bei Stuttgart erschoff der 23 Jahre alte Zimmermann Wöhner seine Mutter. Die 72 Jahre alte Witwe sollte schon vor einiger Zeit in eine Trinkerheilanstalt gebracht werden. Als der Sohn am Sonntag abend nach Hause kam, war sie wieder betrunken, und eine größere Geldsumme, die ihr der Sohn zur Aufbahrung übergeben, war verschwunden. In seiner Erregung gab der Sohn zwei Schüsse auf die Mutter ab. Er stellte sich dann selbst der Polizei und wurde in das Gefängnis nach Ludwigsburg übergeführt.

Ein heftiger Orkan hat die Rhee von Kestjavit heimgesucht. Eine große Anzahl Nischutter sind geteert und an Land geworfen worden. Wieviel Menschen umgekommen sind, ist noch nicht bekannt.

Eine gemeine Tat. Aus München wird gemeldet: In einem Juwelierladen schüttete eine fremde Dame, während ihr für etwa 50 Mk. Schmucksachen verpackt wurden, der Geschäftsinhaber in Salzsäure in das Gesicht, ergriff das Paket und flüchtete.

Millionen-Unterfahrungen eines Liquidators. Der mit der Liquidation mehrerer großer Kongregationen in Paris beauftragte gerichtliche Liquidator Duez ist verhaftet worden. Da er verdächtig war, große Unterschlagungen begangen zu haben, wurde auf Anweisung der Staatsanwaltschaft eine Prüfung seiner Bücher von einem Buchführungsachverständigen vorgenommen. Die Untersuchung zog sich etwas in die Länge, als man plötzlich mehrere Fehlbeträge entdeckte. Der Staatsanwalt forderte darauf von Duez Aufklärung. Dieser versicherte, in 24 Stunden jene Summe herbeischaffen zu wollen, deren Verschleuderung man ihm vorwarf. Da Duez dieses Versprechen nicht hielt, ließ ihn der Staatsanwalt verhaften. In parlamentarischen Kreisen hat die Verhaftung des gerichtlichen Liquidators Duez großes Aufsehen hervorgerufen. Duez gestand, daß er bei der Liquidation der Kongregationsgüter vier Millionen Francs, bei der Liquidation anderer ihm vom Gericht zugewiesener Geschäfte eine Million veruntreut habe.

Benzin-Explosion. Aus Genf wird gemeldet: Montag vormittag brach in dem Benzinlager der Luminage-Gesellschaft, das zwischen der Eisenbahnlinie Genf—Vives und der Straße von Fronteney gelegen ist, Feuer durch die Unvorsichtigkeit eines Klempners aus, der mit Lötlern von Zinkfässern beschäftigt war. Das Benzin geriet in Brand, das Feuer gewann rasch an Ausdehnung, große Vorräte von vollen Petroleum- und Benzinfässern, die außerhalb der Fabrik aufgestapelt waren, explodierten mit starken Detonationen. Der Brand dauerte abends noch fort; auch die benachbarten Straßen auf einer Strecke von mehreren hundert Metern sind durch das Feuer gefährdet, weil die brennende Flüssigkeit sich dahin ergoß. Personen sind nicht verletzt.

Die Leiche im Ballen. Ein Telegramm aus Paris meldet: Auf dem Bahnhof der Maitre Ecole bei Angers luden am Montag Arbeiter eine Anzahl Hanfballen aus einem Eisenbahnwagen ab, als ihnen der ekelhafte Geruch auffiel, der aus einem der Ballen drang. Sie öffneten ihn und fanden den schon stark in Verwesung übergegangenen Leichnam eines Mannes darin. Die Behörden wurden sofort gleich von dem Fund in Kenntnis gesetzt. Es wurde festgestellt, daß die betreffenden Ballen per Schiff aus Italien nach Marseille gelangt waren, wo sie auf die Eisenbahn verladen und nach Angers weiterbefördert wurden. Man nimmt nun an, daß der in dem Ballen gefundene Mann ein Marceller Dockarbeiter war, der bei einem Streit mit Kameraden seinen Tod fand und dann von den Totschlägern in den Hanfballen gesteckt wurde, damit die Leiche verschwände. Der Körper des Toten ist über und über mit Latomierungen bedeckt und nach Art der Marceller Hafnarbeiter gekleidet, die Hände zeugen von schwerer Arbeit und die außerordentliche Magerkeit des Körpers beweist, daß sich der Mann in letzter Zeit in Not befunden hat. Die Untersuchungen werden fortgesetzt.

Durch eine Explosion, die sich in einer Stärkefabrik in Noby (Indiana) ereignete, wurden acht Personen getötet und siebzehn teilweise schwer verletzt.

Die Rache des amerikanischen Millionärs. Ein ungeheuerlicher Vorfal wird aus Kansas City im Staate Missouri gemeldet. Dort überraschte John W. Cudaby, Sohn des Chicagoer Fleischkönigs, den Millionär Bankier Willis in seiner Wohnung. Er fesselte ihn mit Stricken und verstümmelte ihn durch zahlreiche Schnitte. Über London wird über die aufsehenerregende Affäre des näheren berichtet: Cudaby hatte seine junge schöne Frau lange im Verdacht, daß sie zu dem Bankier Willis in Beziehungen stehe. Um das Paar auf frischer Tat zu überraschen, schlugte er eine längere Reise vor, kehrte aber bald mit seinem Automobil zurück. Durch den Lärm des Automobils wurde das Paar jedoch gewarnt. Cudaby fand beim Betreten seines Hauses Willis nicht vor. Erst nach längerem Suchen in Begleitung des Chauffeurs fand man Willis in einem Schrank versteckt. Als bald hörte die Frau vom Schlafzimmer aus den Lärm des Kampfes, der sich zwischen den Männern entspann und laute Hilferufe. Die Jose lief hierbei und erzählte, daß der Herr den Willis umbringe. Herbeieilende Schutzleute umringten das Haus und fanden den Bankier an Händen und Füßen gebunden am Boden liegen. Cudaby stand vor ihm mit einem blutigen Schlachtermesser und bohrte fortwährend das Messer in den Körper des Unglücklichen. Cudaby ließ sich ruhig verhaften. Er wurde jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt, da der schwer verwundete Bankier sich weigerte, Anklage gegen Cudaby zu erheben. — Kaum glaublich!

Verantwortlicher Redakteur: Joh. S. t. l. i. n. g. Verleger: E. h. S. c. h. w. a. r. g. Druck: F. r. i. e. d. r. M. e. y. e. r. u. C. Sämtlich in Lübeck.

Ein Liebesbrief.

Sie war fünfundsiebzig Jahre alt, als ich sie kennen lernte, an die der Brief gerichtet war. Eine reizvolle Schwarzhaarige war sie, die sich, nachdem sie zum zweitenmal mit fünfundsiebzig Jahren Witwe geworden war, noch ernstlich für die Ehe dem Worte Geliebte zu verschaffen, daß es aller guten Dinge drei seien, scheiterte offenbar an der mangelnden Kurage der Kandidaten, von denen es keiner mit der schwachen Junge und dem dito Temperament der Braut aufnehmen wollte. So blieb sie denn ledig und süßte sich auch als solche; denn mit fünfundsiebzig Jahren rangte sie noch. Wenn drüben aus dem Nachbardorf der Friedl, einer der jenseitigen Ländchen auf der Schwarzhaider Höhe, herüber ins alte Strohdach des Wirtshauses kam, neben dem die vielfache Großmutter in ihrem Gehärdung wohnte, dann fuhr sie der Alten immer noch in die Beme. So sah ich sie manchmal, kurz gedungen, eine fähle Überlegenheit in dem feinen dem schweissen Haare. Der Friedl, der den Atriummer Schwapagenertracht hatte, stellte sich mitten im Wirtszimmer ein bis an den Rand mit Wasser gefülltes Glas auf den Kopf, denn er „schürte“ so fern und ruhig, daß er sich diesen Luxus gestatten konnte. Mit einer „Mullergel“ (Mundharmonika), die er mit der linken Hand dirigierte, spielte er selbst zum Tanz auf, und mit dem rechten Arme nahm er die bald hundertjährige Tänzerin um die Taille. Die Großmutter in der Hochburg, die auch eine gefürchtete Kantonsplelerin war, hatte mehrere hundert Markt für die Feier ihres hundertjährigen Geburtstages reserviert, das ganze Dorf sollte an diesem Tage auf ihre Kosten lustig sein. Aber der Tod machte ihr einen Strich durch das Ziel. Sie starb zwei Jahre vor ihrem hundertsten Geburtstag heiter und geistlos bis zuletzt.

Nach habe die Vision zu der Geschichte einer Jugendliebe dieser fernhaften Schwarzhaiderin aufgeleitet, unter denen besonders ein Eolument der Vergangenheit entziehen zu werden verdient, weil es nicht ohne gewisse fittengeschichtliche Bedeutung ist. Vor mir liegt nämlich ein Liebesbrief, den ein in die Theresie Bechte — so hieß die Großmutter mit ihrem Mädchennamen — herzlich verliebter Uhrschidmaler aus einem benachbarten Dorfe ihr am 13. Oktober 1809 geschrieben. Der Liebesbrief ist aber nicht nur Uhrschidmaler, sondern auch „Poet d'art“. Sein Brief ist ein kleines Kunstwerk in seiner Art. Gestaltet sieht er wie ein zusammengelegter Fächer aus; aus dem letzten Liebeshofament ist sorgfältig ausgeschüttelt und mit roter Erde eingekastet. Nicht in gelber Farbe gemalte Versen schmücken den äußeren Rand. In jedem dieser Versen stehen besonders feurige Worte an die Geliebte. Die innere Seite des Briefes ist, etwa in besserem Gezeichneten, aber nicht ohne Geschmack, in nicht weniger Art mit Gütlanden und Blumen gemalt. In der Mitte ist in einem Kreis von etwa fünfzehn Zentimeter auf beiden Seiten des Briefes der Hauptinhalt der Schwärzen und Poffungen des Liebenden schriftlich niedergelegt, und zwar mit einer klaren, schimmernden Schrift. Die Uhrschidmaler — nur den Winter über Schule hielt und im Sommer sein Brot mit Steinflopfen verdiente.

Es muß eine nicht ganz zum Erwachen gebrachte Künstlerseele in diesem Briefe Kummel gesteht haben und von der Schwärzen hat er auch einiges verstanden. Bei der fittlichen Zentimentalität, die Anfang des letzten Jahrhunderts den Briefstil beherrschte und die sich auch in der Richtung von Völsch beherrschte und einigen der besten men beim Stil des weltlichen Briefes bemerkbar macht, hat unser Dilettant aber doch noch ein gut Teil Schwarzhaider Schalkheit und launigen Quorors für sich behalten. Er Liebesbrief an die „Geliebte Meines Herzens“, die als große Schönheit manchen Verehrer gegabt haben soll, folgendermaßen:

Allerlei Wissenswertes.

Wisch- und Kaffeestrecken aus Geweben zu entfernen. Für mollene und baumwollene Waren nimmt man 1 Teil Glyzerin, 9 Teile Wasser und 1/2 Teil Ammoniak. Man besprengt die besetzten Stellen damit und wiederholt das Waschen öfter nach dem Trocknen. Dann pregt man das Zeug zwischen reinen Lappen, reibt es damit ab, bämpt es über heißem Wasser und bügelt es. Seidene Stoffe werden in ähnlicher Weise mit 5 Teilen Glyzerin, 5 Teilen Wasser und 1/4 Teil Ammoniak (Salzsaure) behandelt, doch muß man sich vorher überzeugen, daß die Farbe nicht leidet. Man wäscht den Glanz durch Bepinseln mit Gummiwasser wieder her.

Die Reinigung von Sämmen und Bürsten. Die Sämmen des besten in lauem Wasser, dem einige Tropfen Salzsäure zugesetzt werden. Die Bürsten dürfen jedoch nicht mit dem Boden eingelaugt werden, wenn man nicht eine Lockerung der Borsten riskieren will. Schüttelt man das Salzwasser ein wenig, so lösen sich alle Unreinigkeiten sehr schnell. Dann spült man in frischem Wasser nach und läßt die Sämmen und Bürsten in der Sonne oder in der Nähe eines warmen Ofens trocknen. Diese regehnäßige acht bis vierzehn Tage vorzunehmende gründliche Reinigung dient nicht nur der Erhaltung der Sämmen und Bürsten, sondern ist auch eine unumgängliche Voraussetzung einer vorzüglichen Paarpflege.

Aus den Wikblättern.

Drückfehler. (Aus einem Roman). Die Tante hatte ihre Freundsinnen zu einem köstlichen Kaffee eingeladen. „Angenehme Annehmlichkeiten. So rufst du beim Dorfbeden: Was ist denn das für ein merkwürdiges Geräusch im Hofe?“ — Bäuerin: „Mei Mann dengelt grad's Kaffeesmesser!“

Ein Habenwäter. Schmieb: „Schon wieder Geld für neue Schuhe... es ist beinahe nicht mehr herbeizufassen.“ — Frau: „Natürlich, du möchtest die Kinder am liebsten mit Puffeln beschlagen!“

Geographische Leistung. Lehrer (in der Geographiesunde): „So, jetzt kommen wir zum Riesengebirge; aber das wollen wir heute überbringen!“

Erklärung. Frau: „Sagt mir, was ist denn das: antil?“ — Frau: „Ne, das ist net schwer! Bald an Arm oder a Bein oder a Hagen fehlt, na is das antil!“

Entwickel. „Siehst du, Mädchen, da sieht es schwarz auf weiß: der Magen eines erwachsenen Menschen faßt drei Liter — du aber schimpfst schon, wenn ich mit eine gewöhnliche Maß holen lassen will!“

Betrachtung. Lebemann (die Schützen zusammenrechnend): „Alle diese Ausgaben war ich erst meinem Stande und jetzt bin ich in meinen Gläubigern schuldig!“

Bestätigung. A.: „Glauben Sie an eine Seelenwanderung?“ — B.: „Gewiß! Gestern ist die Seele meines Schwelgers in einen Getriebelocher gefahren!“

Verständnis. Gast: „Dabei ich nicht gestern meinen Schirm hier lassen?“ — Kellner: „Bedaure!“ — Gast: „Herrgott, bleibt denn hier niemals ein Schirm stehen?“

Wunsch. „Na, Mutter, ist der Kaffee bald fertig?“ — Heinhel: „Ich hab' bloß keine Wöhnen!“

Aus dem Pflanzenreich. Welches kolossale Arbeitsleistung ist in der Pflanzenwelt in kurzer Zeit geleistet wird, läßt sich am besten im Frühjahr und im Herbst erkennen, wenn die Vegetation kommt und wenn sie geht. Wir wissen aus Erfahrung, daß oft über Nacht der Wald grün geworden ist oder eine Obstplantage sich in schnelles Wachstum gesetzt hat, aber es fällt uns nicht ein, darüber zu wohnen, wieviel Arbeitspensum da erledigt wird. Nehmen wir als Beispiel einmal einen Eriobäum. Den ganzen Winter über bot er augenscheinlich das gleiche Ansehen. Aber mit dem ersten warmen Tagen des Frühlings setzt eine Veränderung ein, die Wurzeln knospen beginnen zu schwellen, zu wachsen. Anfangs nehmen sie an Größe und Masse nur langsam zu, das ändert sich aber später recht schnell und zum Schluß entwickelt der Strauch eine geradezu erstaunliche Wachstumsleistung. Der Botaniker Franke macht darauf aufmerksam, daß die Blüten in den letzten sechs oder zehn Tagen vor ihrer Entfaltung ihr Gewicht verdoppeln; in den letzten Tagen wird eine feberleichte Kirschblüte täglich um 1/10 Gramm schwerer. Das macht bei den 200000 Blüten, die ein nur mittelgroßer Kirschbaum hat, eine kolossale Arbeitsleistung aus. Zu einem Beispiel aus der Herbstzeit mögen die Beobachtungen eines anderen Forschers über den Laubfall dienen. In Betracht kommen zwei alte Bäume, eine Kastanie und ein Traubenahorn, die bis zum Eintreten des Frostes nur wenig Blätter abgeworfen hatten. Als nach dem ersten Nachtfrost von 2 1/2 Grad R. am anderen Morgen gegen 8 Uhr die Sonne erschien, begann der Laubfall recht hart. Bei der Hochstamme fielen die Blätter während einer vollen Stunde deutlich rasch und zwar hauptsächlich auf der Sonnenleite nieder. Dann hörte der Blattfall plötzlich auf. Bei dem Ahornbaume dauerte der Blattfall eine halbe Stunde länger an, hörte dann aber auch plötzlich auf. Die Kastanie hatte in einer Stunde 64 Kilogramm Blätter, der Ahorn in einer halben Stunde 27 1/2 Kilogramm Blätter abgeworfen. Eine Auszählung der Blättermasse ergab bei der Kastanie 48794 Einzelblättchen, beim Ahorn 16016 Blätter. Die Kastanie war mithin in der Sekunde 24 Einzelblättchen, der Ahorn in der gleichen Zeit 9 Blätter. Die vollständige Umlaufung dauerte bei der Kastanie 1 1/2 Tage, es wurden im ganzen 208 Kilogramm Blätter abgeworfen. Bei dem Laubfall will beachtet sein, daß die Blätter nicht etwa von selbst herunterfielen, sondern durch aus der Pflanze heraus wirkende mechanische Kräfte abgestoßen werden.

Die Gesehäftigung der Arbeiter. stellt an Braut und Bräutigam die Erfüllung von Aufgaben, die oft recht eigentümlich sind. Die Ehe der Arbeiter beruht auf Kauf, jedoch ist das vorübergehende Einvernehmen des Mädchens mit dem Bräutigam erforderlich. Bei den Kesseln, d. h. den festhaften Bauern werden schon kleine Kinder miteinander verlobt, wobei auch gleich ein Teil des Brautpreises ausgegahlt wird. Auch die Braut flieht mit ihren Gefährtinnen und verteidigt sich gegen die nachrückenden Bräutigam mit Steinwürfen, bis sie der Bräutigam schließlich überwindet. Bei einigen Stämmen entwirft die Braut bei der Hochzeit in die Kräfte, der Bräutigam muß sie dort suchen und dann sechs Tage mit ihr draußen bleiben; bei anderen Stämmen tut das die junge Frau drei bis sechs Monate lang jeden Abend. Der Kesselnarbeiter darf vier Frauen nehmen, der Trab d. h. der nomadisierende Arbeiter, so viele, als er will, doch bezieht man sich in der Regel mit einer. Die Ehegatten sind — in schreibt Dr. A. Nghan in der soeben im Verlag von Streckert u. Schröder in Stuttgart erschienenen, in Verbindung mit namhaften Sprachgelehrten von Dr. Gg. Wutchan herausgegebenen „Illustrierten Wörterkunde“ (gebunden 2,60 Mk., gebunden 5,50 Mk.) — sehr streng. Verheiratungen gegen die Stillschließung werden gewöhnlich mit dem Tode bestraft. Bei Gesehäftigung nimmt die Frau ihr persönliches Eigentum mit, während dem Mann vom Brautpreise zurückzuerhalten wird, darüber wird dann je nach seiner Schuld entschieden.

Ein Gemütskurier. Gattin: „Geht du schon wieder fort? Ach, wenn du wüßtest, wie langsamlich es hier abends ist!“ — Gatte: „Weiß ich! Darum gehe ich ja eben weg!“

Schwierige Frage. Der Kaiser hat das Warenhaus W. Wutchan besucht, um die Ausstellung der Berliner Gesehäftnisse zu besichtigen. W. d. nun W. Wutchan Gesehäftigerant des Kaisers oder wird der Kaiser fest Gesehäftigerant von Wutchan?

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: S. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

